

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsverliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltigen Kolonnetten 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **259400** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die letzten Wochen erhielten ihr Kennzeichen weniger durch Vorgänge auf dem Gebiet der Industrie als auf jenem der Finanz. Auf den Börsen interessierte man sich nicht so sehr für die Montanindustrie als für Rußland und Japan. Die eine Woche gehörte den Russen; sie war eine Woche des Schreckens. Die russischen Renten fielen tiefer als nach den furchtbaren Niederlagen zu Wasser und zu Lande und die französischen und deutschen Rentiers erzitterten vor dem Gerücht, Rußland werde die Renten nicht voll bezahlen können, Staatsbankrott machen. Doch trat wieder Beruhigung ein, und in der nächsten Woche war man geschäftig, die neue japanische Anleihe auszugeben. Ursprünglich sollte Rußland hierin den Vortritt haben; der größere Schuldner und Zinslieferant wird immer bevorzugt. Durch den Kursfall der russischen Werte aber wurde für die nächste Zeit jeder russische Pumpversuch unmöglich gemacht.

Die Besitzer von Staatspapieren haben überhaupt jetzt schlechte Zeiten, auch jene, die nicht aus russischem Bauernblut, sondern aus gut deutschen Steuergeldern ihr Einkommen beziehen. Mit Reib müssen sie auf ihre Reichstumskollegen blicken, die ihr Kapital an die Industrie gewandt und jetzt reiche Ernte einheimen und noch reichere erwarten. Zwar stehen die Sturmwolken auf dem kapitalistischen Himmel schon ziemlich hoch; die neuen Handelsverträge sind vor der Tür und der Sturmvogel „teures Geld“ ist krassenverfündend wieder erschienen. Es mangelt bereits an Kapital, das in der Industrie angelegt werden könnte, der Zinsfuß dieses Kapitals steigt. Aber immerhin, der Zusammenbruch scheint doch noch nicht vor der Tür zu stehen. Über den Winter kommen wir wohl hinweg.

Die letzten Wochen waren ganz besonders Erntewochen der elektrischen Industrie. Wir haben schon in der letzten Nummer die erstaunlichen Ziffern der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft veröffentlicht, die übrigens selbst ein wenig als Warnerin auftritt und angeklagt der so ungeheuer günstigen Entwicklung — es liegen im neuen Jahre, seit dem 30. Juli, schon wieder für 145 Millionen Aufträge vor, gegen 120 im Vorjahr — hinweist auf die Bestimmungslust im Ausland vor der Erhöhung der Zollschranken. Aber 10 Prozent Dividende bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, 9 Prozent bei Siemens & Halske, 9 Prozent auch bei der Telephonfabrik Berliner und selbst bei der Schudert-Gesellschaft eine Dividende von 4 Prozent — das ist wahrhaftig „gute Arbeit“. Und dabei war im Geschäftsjahr 1904/05 der Höhepunkt noch gar nicht erreicht! Stellt doch die gegenwärtige Konjunktur jene der Jahre 1900 weit in den Schatten!

Dabei scheint es, daß diese Konjunktur nicht allein auf der Erweiterung der Industrieanlagen, der elektrischen Kraftübertragung in den Bergwerken und auf dem Exportgeschäft beruht, sondern daß auch die städtischen Elektrizitätswerke wieder recht beträchtliche Konjunktur sind, was natürlich auch in einem Zusammenhang mit der Konjunktur steht. So werden bei den Berliner Elektrizitätswerken wieder Turbo-Dynamos mit einer Leistung von 20000 Pferdestärken mit den zugehörigen Dampfmaschinen aufgestellt. Überhaupt sind die Jahresabschlussziffern dieser Rathenau-Gesellschaft sehr interessant. Die Dividende ist wieder auf 10 Prozent gestiegen, dieselbe Höhe, die sie 1899/1900 hatte. Im folgenden Jahre fiel sie auf 7 und kletterte alsdann wieder in die Höhe. Der Reingewinn beträgt 4,76 Millionen gegen 4,19 Millionen im Vorjahr. Ein Drittel hiervon fällt an die Stadt Berlin, das andere an die Aktionäre und Verwaltungsräte. Die Abgabe von elektrischem Strom stieg weiter von 98,50 Millionen auf 111,57 Millionen Kilowattstunden, also um 13,07 Millionen gleich 13,03 Prozent. Davon entfallen auf Privatbeleuchtung 20,14 Millionen Kilowatt (16,73 Millionen Kilowattstunden), für öffentliche Beleuchtung 2,32 Millionen (2,01 Millionen), gewerbliche Anlagen 36,69 Millionen (30,32 Millionen), Akkumulatorenanlagen 3,80 Millionen (3,21 Millionen), Straßenbahnen 47,28 Millionen (45,16 Millionen) und Selbstverbrauch 1,34 Millionen (1,02 Millionen). Durch Neuanbauten wuchs die Zahl der Glüh- und Kernlampen von 530 581 auf 619 825, der Wagentlampen von 22 211 auf 26 012, der Motoren von 12 933 auf 16 761 Pferdestärken auf 15 403 mit 55,666 Pferdestärken und der Apparate von 1697 auf 2068; das entspricht im ganzen einer Leistung von 95,485 Kilowatt. Durch inzwischen angegeschlossene Anlagen wird der Gesamtanfluß von 100000 Kilowatt gleich 2 Millionen Normallampen jetzt überschritten. Der durchschnittliche Verkaufspreis der Elektrizität in Berlin, der im Vorjahr nach Abzug der Abgabe an die Stadt 15,89 Pfennig betrug, ermäßigte sich auf 15,48 Pfennig. Diese Ziffern zeigen auch, daß nur der fünfte Teil des in Berlin verbrauchten Stromes der Privat- und Straßenbeleuchtung dient.

Die Schudert-Gesellschaft in Nürnberg erzielte einen Bruttogewinn von 3446066 Mk. (im Vorjahr 3595173 Mk.), wozu der Gewinnvortrag vom Vorjahr mit 1204103 Mk. (—) tritt. Nach Deckung der Verwaltungskosten mit 244562 Mk. (286570 Mk.), Obligationen mit 1294333 Mk. (1316333 Mk.), Zinsen, Bankzinsen, Provisionen mit 403829 Mk. (541954 Mk.), Steuern mit 7908 Mk. (46549 Mk.) und Abschreibungen mit 32983 Mk. (36290 Mk.) verbleibt ein Reingewinn von 2678553 Mk. (267477 Mk.), wovon 73622 Mk. dem gesetzlichen Reservefonds zuzurechnen. Der auf den 30. Dezember einzuberufenden Generalversammlung wird vorgeschlagen, 4 Prozent (0) Dividende zu verteilen und den Restbetrag von rund 920000 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. (Im Vorjahr diente der Reingewinn nach Überführung von 63374 Mk. in den Reservefonds mit 1204103 Mk. als Vortrag auf neue Rechnung.)

Wie groß der Profit der Siemens-Schudertwerke ist, der teilweise der Schudertgesellschaft zuzieht und auf dem sie beruht,

wird nicht gesagt. Denn die Siemens-Schudertwerke sind „Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“ und daher nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet. So kann es sich der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft erlauben, seine Mitteilungen darauf zu beschränken, daß die Ergebnisse der letzten Geschäftsperiode den Erwartungen entsprechen und die Umsätze im laufenden Jahre im allgemeinen sich günstig gestaltet haben. Die Siemens & Halske Aktiengesellschaft, der andere Teilhaber, wird wohl noch ausführlicher berichten müssen. Vorläufig weiß man nicht viel mehr, als daß die Dividende von 7 auf 9 Prozent erhöht wird.

In der Eisen- und Stahlindustrie spricht die Statistik: Die Monatsproduktion der deutschen Roheisenindustrie überschritt im Oktober zum ersten Male eine Million Tonnen, sie betrug 1008943 Tonnen, kennzeichnend ist aber, daß in den Vereinigten Staaten die Roheisenproduktion im Oktober über zwei Millionen Tonnen betrug, wie überhaupt ein guter Teil der Konjunktur in Deutschland auf der glänzenden Marktlage in Amerika und Großbritannien beruht. Nach dem letzten Marktbericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung hat „das Zulandgeschäft in letzter Zeit in etwas ruhigeren Bahnen eingeleitet“ — freue dich, deutscher Konjunktur! — im Ausland ist der deutsche Stahl jetzt angeblich nicht mehr billiger zu haben als im Inland.

Der Stahlwerkverband hatte im Oktober ebenfalls einen Rekord zu verzeichnen, im Halbzeugverband nämlich. Der Verband von Formeisen blieb ein wenig zurück. Im ganzen war der Oktoberverkauf in den schweren Stahlprodukten um 28,84 Prozent größer als im vorigen Oktober, betrug aber nur um wenig mehr als im letzten September. Der Gesamtverkauf in diesen Produkten A vom 1. April bis 31. Oktober d. Js. betrug 3130693 Tonnen und übersteigt die Beteiligungsziffer von sieben Monaten um 9,20 Prozent und den Gesamtverkauf für den gleichen Zeitraum des Vorjahres (2712428 Tonnen) um 418265 Tonnen oder um 15,42 Prozent. Davon entfallen auf Halbzeug 1432246 Tonnen (1904: 947658 Tonnen) auf Eisenbahnoberbaumaterial 950820 Tonnen (774396 Tonnen) und auf Formeisen 1036627 Tonnen (990377 Tonnen). Der Gesamtverkauf an Halbzeug ist also gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 195588 Tonnen = 20,64 Prozent, an Eisenbahnoberbaumaterial um 176427 Tonnen = 22,76 Prozent und an Formeisen um 46250 Tonnen gleich 4,67 Prozent höher.

Zur Lage der Brückenbauanstalten und Eisenkonstruktionswerkstätten läßt sich die Rheinisch-Westfälische Zeitung unter anderem schreiben, daß seit einigen Monaten auch diese Werke an dem allgemeinen Aufschwung teilnehmen. „Die meisten sind nicht nur in ausreichender Weise beschäftigt, sondern haben auch Aufträge gebucht, die über den Bestand zu gleicher Zeit des Vorjahres weit hinausgehen und ausgiebige Beschäftigung bis in das Frühjahr hinein gewährleisten. Dies ist um so erfreulicher, als im Winter bei den Eisenkonstruktions- und Brückenbauanstalten im Allgemeinen eine stille Zeit zu herrschen pflegt, da sie mehr oder weniger Saisongeschäfte sind, und der Schwerpunkt der Beschäftigung im Frühjahr und Sommer liegt. Sie dürfen deshalb auf ein lohnenderes Ertragsresultat rechnen, da der Sommer nicht für den Winter wird mitverdienen müssen. Die Preise im allgemeinen lassen immer noch zu wünschen übrig. Es sind zu viel kleine Werke vorhanden, die selbst in dieser Zeit des Aufschwunges glauben, sich Arbeit zu jedem Preise sichern zu müssen und die, weil sie in großer Zahl sind, es auch fertig gebracht haben, das Preisniveau noch immer auf niedrigen Stände zu halten.“

Über Waggonbestellungen der preussischen Staatsbahnen wird gemeldet: „Die Eisenbahndirektion in Berlin ist jetzt endlich beauftragt worden, wegen Beschaffung von 1070 Personenwagen, 387 Gepäckwagen, 53 vereinigten Post- und Gepäckwagen sowie 9400 Güterwagen (erste Teilbeschaffung für 1906) für die bestehenden Bahnen und die im Etatsjahr 1906 zur Eröffnung kommenden Nebenbahnen mit den Wagenbauanstalten, die gegenwärtig für die Staatseisenbahnverwaltung beschäftigt sind, in Verhandlung zu treten. Die Lieferungen sollen am 1. April 1906 beginnen und am 1. November 1906 abgeschlossen sein. Ferner sind als Nachbestellung für das Etatsjahr 1905 weitere 892 Güterwagen bei den Werken in Auftrag gegeben worden. Die Anlieferung der Wagen soll noch vor Ablauf dieses Etatsjahres erfolgen.“

Die erste Bestellung eines russischen Kriegsschiffes ist erfolgt. Sie ging nach England. In Deutschland wird nur die Schraubenvelle angefertigt.

Die neueste Verschmelzung ist die der Wittener Stahlröhrenwerke mit den Schalker Röhrenwalzwerken. An sich genommen, gehören beide Gesellschaften nicht zu den größten, aber für die Röhrenindustrie ist der Vorgang doch von großer Bedeutung.

Eine neue Preisvereinbarung haben die Rietenfabrikanten beschlossen; sie nützen ihren flotten Geschäftsgang. Die Eisengießereien führen die beschlossene Preisserhöhung immer mehr durch. Sehr bemerkenswert ist das Zustandekommen einer Preisconvention der Hebezeugfabriken, die sich offenbar auf die Handelswaren erstreckt.

Das Eisenwerk Rote Erde, Dortmund, hat für 1904/05 einen Reingewinn von 58238 Mk. und ist somit imstande, den vorjährigen Verlust von 260000 Mk. zu vermindern. Der Geschäftsbericht ist typisch für ein reines Walzwerk. Er klagt über die schlechten Preise, die sich im ersten Halbjahr nicht aufbessern konnten, weil einige der großen Stahlwerke wieder große Mengen Flußstabeisen auf lange Abnahmefristen zu ungerade billigen Preisen verkauft hatten. Immerhin gelang es der Gesellschaft, Ordres zu besseren Preisen hereinzunehmen. Die zu Beginn des laufenden Kalenderjahres eingelebte Belebung des Marktes brachte dem Werke weiterhin sogar einen bescheidenen Nutzen. So weit wie nur möglich, suchte es als reines Walzwerk seinen hauptsächlichsten Absatz in Schweißstabeisen. Das Auslandsgeschäft wurde seiner ungünstigen Lage wegen nur in bescheidenem Umfang gepflegt. Der Vorstand hofft,

daß es gelingen wird, das noch immer bestehende Mißverhältnis zwischen Rohstoff- und Fertigfabrikatpreisen zu beseitigen oder zu mildern. Die Beschlagteilfabrik war anhaltend mit Aufträgen gut versehen, doch können die Preise, die sie für ihre Fabrikate erzielte, nicht durchweg als hinlänglich bezeichnet werden. Der gegenwärtige Bestand in Aufträgen sichert dem Walzwerk sowie der Beschlagteilfabrik auf mehrere Monate hinaus Beschäftigung, die einen einigermaßen lohnenden Verdienst abwerfen.

Nun klagen die bayerischen Maschinenfabriken über die Kriegskosten. Selbst die Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg schmerzen die Verluste der Ausperrung im Sommer. Dabei ist diese größte südbayerische Maschinenfabrik in der sehr angenehmen Lage, 13 1/2 Prozent Dividende zu verteilen, also noch beträchtlich mehr als die vorjährige 10 1/2 Prozent! Über die Beschäftigung und die Aussichten sagt der Geschäftsbericht: „Durch die unruhigen Verhältnisse in Rußland haben sich bis jetzt keine ungünstigen Wirkungen ergeben. Die Besserung der Industrie habe weitere Fortschritte gemacht und damit zusammenhängend sei eine teilweise Preisserhöhung für die Erzeugnisse zu verzeichnen. An Dieselmotoren wurden 169 Stück geliefert; die Nachfrage sei andauernd groß und die Aussichten für die Verwendung als Schiffsmaschinen günstig. 16 Dampfturbinen sind in Auftrag, von denen drei abgeliefert und zwei zur Zufriedenheit in Betrieb gestellt wurden. Die Beschäftigung im Wagenbau war milder lebhaft. Von den neuen Handelsverträgen sei derjenige mit Rußland bezüglich Ausfuhr von Maschinen ganz besonders ungünstig; die Zollsätze für die Haupterzeugnisse sind um mehr als 50 Prozent erhöht.“

Ebenfalls über die Verluste durch die Ausperrung klagt die Maschinen- und Bronzefabrik Riedinger in Augsburg, die allerdings in sehr verfahrenen Geseisen sich befindet. Der vorjährige Geschäftsverlust von 39000 Mk. erhöhte sich auf 108000 Mk. Als Ursache dieses Ergebnisses werden auch gedrückte Preise und erhöhte Löhne genannt. Einem verfahrenen Unternehmen sind selbstverständlich die Preise noch seltener genug hoch wie einem normalen. Von den Löhnen gilt das Entsprechende.

Die Maschinenfabrik Gröhner in Durlach, die ihr Kapital von 3 1/2 auf 4 1/2 Millionen erhöht, erwartet für das laufende Jahr eine Dividende von 13 Prozent (gegen 12 für das Vorjahr).

Wie die Verwaltung der Maschinenfabrik Grevenbroich mittelt, beläuft sich der diesjährige Bestand an Aufträgen auf 3100000 Mk. gegenüber einem Gesamtbetrag von 1720000 Mk. für das Jahr 1904. Es bestehe begründete Hoffnung für eine weitere hinreichende Beschäftigung. Es ist geradezu unheimlich, wie viele Fabriken, besonders die des allgemeinen Maschinenbaus, über die Zunahme ihrer Bestellungen sprechen. Wir erinnern an die Maschinenfabrik Humboldt, der sich jetzt in ähnlichen Verhältnissen Grevenbroich und die Sundwiger Eisenhütte Maschinenbau-Aktiengesellschaft anschließen. Auch diese hat in dem neu begonnenen Geschäftsjahr doppelt so viel Aufträge wie in derselben Zeit des Vorjahres, obwohl sie in der Lage ist für das abgelaufene Jahr 12 1/2 Prozent Dividende (im Vorjahr 8 Prozent) zu verteilen. Der Reingewinn betrug 201000 Mk. (im Vorjahr 171000 Mk.).

Die Duisburger Maschinenbau-Aktiengesellschaft normally Beckem & Keetman verteilt 5 Prozent gegen 4 Prozent im Vorjahr, obwohl der Bruttogewinn etwas abnahm.

Die Dortmunder Eisengießerei und Maschinenfabrik, die Spezialmaschinen für Stein- und Zementfabrikation in kleinerem Umfang betreibt, verteilt wie im Vorjahr 10 Prozent.

Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft Union in Essen hatte einen Betriebsgewinn von 200000 Mk. (gegen 396000 Mk. im Vorjahr), der sich aber durch die Unkosten z. in einen Verlust von 191000 Mk. verwandelt. Dieser wird, wie der vorjährige, von 61000 Mk. aus der Reserve gedeckt. Die Gesellschaft ist bemüht, Gasmotoren und Dampfturbinen zu fabriizieren, und das verursacht hohe Kosten.

Rechtzeitig rüsten!

Als der Reichstag am 28. November zu seiner neuen Session zusammentrat, fand er bereits 35 Vorlagen der Regierungen vor. Sie sind zwar nicht alle von gleicher Wichtigkeit; aber einzelne von ihnen sind so gearzt, daß es unmöglich erscheint, sie in der knappen Zeit, die dem Parlament neben der Etatberatung zur Verfügung steht, sachgemäß zu erledigen.

Die Regierung ist freilich anderer Meinung; sie hat den Etat des Jahres 1906/07 so gefaltet, daß er die Einführung der vorgelegten Gesetzentwürfe zur Voraussetzung hat. Seitdem der frühere bayerische Bundesratsbevollmächtigte Freiherr v. Stengel in das Reichshausamt eingezogen ist, wird er nicht müde zu versichern, er werde die dringend gebotene Reorganisierung der Reichsfinanzen ausführen, was allerdings eine sehr schwere Aufgabe sei. Der einflussreichste Bureaufkrat meint nun offenbar, wenn er durch seine Geheimräte ein paar Steuervorlagen habe zusammenklauben lassen, dann könne der Reichstag nichts Besseres tun, als Ja und Amen dazu zu sagen. Unbestreitbar, daß dazu wenig Zeit gebracht wird; aber wenn die Volkvertretung — ganz gleich von welchem Standpunkt aus die Parteien an die Arbeit herangehen — ihre Aufgabe ernst und gewissenhaft aufsaßt, dann braucht sie viel längere Zeit als ihr zur Verfügung steht. Die dreiste Zumutung der Regierung, daß das Parlament mit Eilzugsgeschwindigkeit Gesetze von ungeheurer Tragweite annehmen soll, ist nur ein neuer Beweis dafür, daß sie ganz systematisch an der Minderung des Parlamentseinflusses arbeitet. Das muß immer und immer wieder hervorgehoben werden, schon um die Unbesonnenen aus den Reihen der Opposition davon abzuhalten, genau in dieselbe Kerbe zu hauen und damit die Geschäfte der Reaktion zu beforgen.

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen die Flotten- vorlage und die Steuervorlagen. In der neuen Flottenvorlage, die sich als eine Ergänzung des Flottengesetzes vom 14. Juni 1900 gibt, werden Mehraufwendungen im Betrag von rund 800 Millionen Mark bis 1917 gefordert. Die Einzelheiten und ihre Begründungen können wir hier zunächst beiseite lassen, da wir im Verlauf der parlamentarischen Arbeiten noch wiederholt Gelegenheit haben werden, darauf referierend und kritisch einzugehen. Von größerer prinzipieller Bedeutung sind die Steuervorlagen. Bevor wir ihre Wirkung abschätzen, sei darauf hingewiesen, daß das erwähnte Gesetz vom 14. Juni 1900 folgenden § 6 enthält: „Insofern vom Rechnungsjahr 1901 ab der Mehrbedarf an fortbauenden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Marineverwaltung den Mehrverträgen der Reichsstempelabgaben über die Summe von 58708000 Mk. hinaus übersteigt und der Gehaltbetrag nicht in sonstigen Einnahmen des Reichs seine Deckung findet, darf der letztere nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden.“ Nach dieser kategorischen Bestimmung sollte man meinen, daß die Wege der Reichs- steuerpolitik klar vorgeschrieben wären. Die Regierung denkt anders: obgleich der Hauptantrieb zur Vermehrung der Reichseinnahmen in dem Wunsch nach einer Flottenvergrößerung zu suchen ist, wagt sie dennoch mit rund 180 Millionen neuer indirekter Steuern auf den Massenverbrauch zu kommen! Um wenigstens den Schein zu machen, behauptet sie freilich, es komme ihr auf eine durchgreifende Finanzreform an, nicht allein oder vorzugsweise auf die Kostenbedeckung für die Marine. Mit solchen leeren Kluseben mag sich herumschlagen wer will. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die Regierung sowohl mit der Flottenvorlage, wie mit den Steuervorlagen geradezu einen „Umsturz des Bestehenden“ betreibt.

Fünf Neuerungen auf dem Gebiet der Steuern nutzt man dem Volke zu: 1. die Änderung des Brausteuergesetzes (Biersteuer); 2. die Änderung des Tabaksteuergesetzes (Tabak- und Zigarrensteuer); 3. die Zigarettenbesteuerung; 4. die Änderung des Reichsstempelgesetzes (Verkehrssteuer); 5. die Reichserbschaftsteuer. In den Zeiten einer volkreichernden Fleischsteuer, unmittelbar vor der Durchführung der neuen, wahnwichtig gesteigerten Schutzölle und Brotpölle, soll der Massenkonsum und der Verkehr mit neuen ungeheuren Lasten belegt werden, Lasten, die auf den Kopf der Bevölkerung fast 4 Mk. im Jahre ausmachen sollen. Daß die neue Epoche der deutschen Schutzpolitik uns eine Verminderung des Absatzes unserer Waren nach dem Ausland, eine Einschränkung des inneren Marktes wegen der Verschönerung und Verteuerung des Konsums, damit eine erhebliche Erschwerung der Lebenshaltung der breiten Massen bringen muß, wird von keinem Sachkenner bestritten. Und dazu kommt die Regierung jetzt mit ihren schlechthin unqualifizierbaren Vorschlägen! In dieser neuen Belastung des Massenkonsums durch Erhöhung der Bier- und Tabakbesteuerung, durch die Neueinführung einer besonderen Zigarettensteuer und nicht am wenigsten durch die bis zum direkten Unfug gehenden geplanten Verkehrssteuern zeigt die Reichsregierung, daß sie tatsächlich am Ende ihres Rates ist. Sie will die gewaltigen Ausgaben für die militärisch-imperialistische Politik des Reiches aufbringen ohne dabei die besitzenden Klassen auch nur zu verhältnismäßig ebensoviele Lasten heranzuziehen, wie sie den Arbeitern auferlegt worden sind: das ist ungefähr so, als ob man ihr aufgeben würde, die Quadratur des Kreises zu lösen. Natürlich muß das Endergebnis aller „Erwägungen“ immer wieder sein: der Massenkonsum soll und muß wieder herangezogen werden. Der bürokratische Stumpfsinn, der sich mit dem Klassenegoismus der Herrschenden zu einem ekeligen Gemisch vereint, und dann bei uns „staatsmännische Einsicht“ genannt wird, feiert geradezu Triumphe. Daß das Volk dabei körperlich und geistig zerrütet wird, daß die wirtschaftliche Tätigkeit nicht mehr in freier Entfaltung sich regen kann, daß die immer erneuten himmelverbrannten Belastungsproben schließlich das ganze Gefüge der Volkseinheit in seinen Grundfesten erschüttern — was kümmert das diese Eintagsfliegen von „Staatsmännern“, die schon stolz sind, wenn sie die besitzenden Klassen in leidlicher Zufriedenheit erhalten.

Aber ist nicht die Reichserbschaftsteuer wenigstens ein Versuch, die „ausgleichende Gerechtigkeit“ auch in das Steuerwesen des Reiches einzuführen? Nein! Denn diese Reichserbschaftsteuer, deren Einnahmen nicht mehr als 60 bis 70 Millionen betragen sollen, ist eine schamlose Heuchelei. Nach den Plänen der Regierung sollen die Erbschaften von Eltern auf die Kinder in jeder Höhe von der Steuer befreit bleiben, nur — die Eitelkeit jubelt! — die unehelichen Kinder müssen zahlen, wenn sie von ihrem Vater etwas erben. Damit auch ja nicht die „gefährlichen“ Bahnen zu direkten Reichssteuern geöffnet werden, damit auch in alle Zukunft die Besitzenden vor einer stärkeren Belastung gesichert sind, wird überdies diese Karikatur einer Erbschaftsteuer mit den Finanzsystemen der Einzelstaaten unauflöslich verknüpft.

Für die Arbeiterklasse sind diese Steuerpläne ein brutaler Faustschlag ins Gesicht. Der freche Zynismus des selbstbewußtesten Eroberers spricht aus ihnen, der mit dem niedergeworfenen Volke schaltet und waltet wie er will und den Sklaven die Formen ihres Tributs vorfährt! Mögen die Massen der Arbeitenden im Gland und in Unwissenheit verkommen — was schert das die Herrschenden. Für sie soll das „Volk“ Gut und Blut hingeben, für sie soll es die Möglichkeit eines lebenswerten Lebens schaffen. So will es die Klassenpolitik.

Die entwicklungsfeindliche, volkreichernde Tendenz der neuen Steuerpläne im Reich stellt neben der politischen Organisation der Arbeiterklasse auch die Gewerkschaften vor neue schwere Aufgaben. Sind sie es doch, die, wie immer die Dinge sich gestalten mögen, am unmittelbarsten den Kampf gegen die Verelendung der Massen zu führen haben werden. Rechtzeitig rücken, das ist jetzt ihre Losung.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

In der Thronrede, mit der der deutsche Kaiser am 28. November den Reichstag eröffnete, wurde die Vorlage eines Gesetzesentwurfes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine angekündigt. Der darauf bezügliche Passus der Rede lautet:

„Gegenwärtig wird Ihre Mitwirkung erbeten, um den gewerblichen Berufsvereinen den Erwerb der Rechtsfähigkeit zu erleichtern und die Möglichkeit freier Betätigung ihrer wirtschaftlichen Interessen innerhalb der durch das gemeine Wohl gegebenen Grenzen zu gewährleisten.“

Aber den Inhalt des Gesetzes liegt bis jetzt nur eine Notiz der offiziellen Presse vor. Danach sollen den Gewerkschaften die Korporationsrechte entzogen werden, die sich an Ausländern betreffen, die die öffentliche Wohlfahrt (Versorgung mit Kohle, Wasser und Licht) zu gefährden geeignet sind. Das würde für zahlreiche Arbeiter die Aufhebung des Streikrechtes bedeuten, wenn sie sich den Bestimmungen des Gesetzes unterordnen würden. Wer weiß, was die Vorlage sonst für reaktionäre Schönheiten enthält! Wir sind auf das Schlimmste gefaßt, natürlich können wir aber nicht werden, weil wir von jetzt nicht so optimistisch waren, von unserer gesetzgebenden Instanz eine solche Regelung der Materie zu erwarten, die auch nur billigen Ansprüchen der Arbeiterklasse genügen könnte.

Die Art, wie Regierung und Reichstag sich bisher zu der Frage verhalten, rechtfertigte diesen Pessimismus vollkommen.

Es ist nützlich, einen kurzen Rückblick zu werfen auf die einzelnen gesetzgeberischen Versuche, die vermögensrechtliche Stellung der Vereine zu regeln. Im norddeutschen Reichstag stellte Schulze-Delitzsch den Antrag, den Berufsvereinen in privatrechtlicher Hinsicht die Rechte einer juristischen Person zu verleihen, um sie zu befähigen, Vermögen zu erwerben, zu klagen und verklagt zu werden. Der Antrag wurde auch angenommen, blieb aber im Bundesrat liegen. Im Frühjahr 1871 feierte er seine Ausfertigung im deutschen Reichstag, blieb aber ebenfalls unerledigt. Im Frühjahr 1902 entdeckten einzelne Volksvertreter, daß es beabsichtigt sei, den Berufsvereinen die Korporationsrechte zuerteilen. Die ersten großen Streikbewegungen waren daran schuld. Der nationalliberale Abgeordnete Paster äußerte sich am 18. April 1872 darüber wie folgt:

„Ich halte im allgemeinen das Streben, daß eine Ausrüstung mit Geldmitteln stattfinden soll, um organisch einen Krieg herzustellen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und ginge auch dieser Krieg zuerst von dem erlaubten Mittel der Arbeitseinstellung aus, für ein sehr gefährliches, und so lange der Staat es in den Händen hat, sich zu überlegen, ob er Vereinen dieser Art Korporationsrechte beilegen will, muß er zunächst gründlich untersuchen, ob denn diese Vereine bisher heilsam gewirkt haben und ob sie nach ihren Statuten die Möglichkeit haben, heilsam zu wirken.“

Dr. Paster schlug der Kommission, die 1872 den Entwurf zu beraten hatte, vor, daß die Rechtsfähigkeit einem Gewerksverein nur dann eingeräumt werde, wenn in seinem Statut die Bedingungen enthalten seien: 1. Daß vor dem Eintritt einer Aussperrung (es ist vorausgesetzt, daß das Gesetz auch für Unternehmer gelte) oder einer Arbeitseinstellung die zugrunde liegenden Streitpunkte einem Schiedsgericht überwiesen werden müssen; 2. daß der Verein eine Unterstützung nur dann gewähren darf, wenn das Schiedsgericht nach fruchtlosem Sühneversuch die Aussperrung oder die Arbeitseinstellung für nicht ungerechtfertigt erklärt; 3. in welcher Weise das Schiedsgericht zusammengesetzt sein soll. Eine Zuwanderung gegen diese Bestimmungen sollte die Schließung des Vereins zur Folge haben, wer aber als Vorstandsmitglied oder in anderer Weise zur Gewährung der Unterstützung beigetragen, sollte für den Ersatz des Betrags solidarisch haftbar sein und außerdem mit einer Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten, in minder schweren Fällen zu einer Geldbuße bis zu 200 Talern verurteilt werden können. Die Kommission lehnte die Strafbestimmungen zwar ab, schlug aber vor, den Vereinen, die die oben in Ziffer 1 bis 3 aufgestellten Bedingungen nicht erfüllen, die Rechtsfähigkeit nicht zu erteilen. Die Kommissionsbeschlüsse kamen nicht vor das Plenum.

Im Jahre 1885 petitionierten die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine an den Bundesrat und Reichstag um Erlaß eines diesbezüglichen Gesetzes unter Beifügung eines ausgearbeiteten Gesetzesentwurfes. Das Gesetz sollte sich nicht, wie es Schulze-Delitzsch früher gewünscht, auf die Vereine überhaupt, sondern nur auf Berufsvereine beziehen, die Unterstützung bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit oder Gewerkslosigkeit sowie bei Arbeitsfreistellungen leisteten. Jemand eine solche hatte die Petition nicht. Spätere Versuche der Freisinnigen und des Zentrums blieben ebenfalls ohne Resultat. Erst als 1895/96 das Bürgerliche Gesetzbuch zur Beratung kam, fand die Frage wieder eine eingehendere Behandlung. Die Frage wurde auch geregelt, jedoch in einer Weise, daß die Berufsvereine der Arbeiter, deren Aufgabe die Hebung der Lage der Arbeiter ist, davon ausgeschlossen sind. Der Regierungsentwurf stellte die politischen, sozialpolitischen und religiösen Vereine außerhalb des normalen Rechts, indem solchen Vereinen die Rechtsfähigkeit verweigert, oder wenn sie ihnen erteilt, bei Überschreitung der durch das Gesetz gezogenen Grenzen entzogen werden konnte. Die von den sozialdemokratischen Abgeordneten gemachten Versuche zu einer Verbesserung der Bestimmungen waren erfolglos. Der Entwurf ist mit unwesentlichen Änderungen (die „religiösen Vereine“ wurden aus dem Entwurf gestrichen) Gesetz geworden. Es war deshalb selbstverständlich, daß sich die Gewerkschaften einem solchen Gesetz nicht unterwerfen konnten, da sie sich dadurch ihre Lebensbedingungen selbst vernichtet hätten. — Im Plenum des Reichstags hatte damals der Freiherr v. Stumm die rücksichtsloseste Obstruktion angefündigt, wenn man den Berufsvereinen ihr Recht werden lasse. Der Reichstag begnügte sich deshalb auch damit, in einer Resolution die Erwartung auszusprechen, daß die Rechtsverhältnisse baldmöglichst einheitlich geregelt werden. Der Regierung pressierte es jedoch gar nicht, den wiederholt geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen. Erst am 30. Januar 1904 hat Graf v. Posadowsky im Reichstag die „grundsätzliche Genehmigung“ der verbündeten Regierungen verkündet, der Frage näher zu treten; er sagte:

„Die verbündeten Regierungen sind grundsätzlich nicht abgeneigt, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine der unter die Gewerbeordnung fallenden Arbeiter und Arbeiterinnen anzuerkennen und diese Berufsvereine somit als juristische Personen anzugefallen mit allen Rechten und Pflichten, welche solche Körperschaften zu haben pflegen. Die verbündeten Regierungen gehen aber hierbei, zu einer Einigung im Bundesrat zu gelangen, von der Auffassung aus, daß eine derartige Gesetzgebung die Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben und gewissen öffentlichen Anlagen, welche dringende und wichtige Aufgaben für die Allgemeinheit zu erfüllen haben, nicht einbegreifen hat. Die verbündeten Regierungen gehen ferner von der Auffassung aus, daß bei einer derartigen gesetzlichen Regelung ausreichende Fürsorge zu treffen ist, daß auch die Minderheiten genügend geschützt sind, und daß die anerkannten Berufsvereine, welche lediglich die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter vertreten sollen, sich von dieser gesetzlichen und eventuellen kantonarischen Grundlage nicht entfernen dürfen.“

Was die offiziöse Presse über den Gesetzesentwurf ausplauderte, deutet sich so ziemlich mit der Erklärung Posadowsky's und mit der jetzigen Thronrede. Danach ist das projektierte Gesetz für die Arbeiter nicht nur wertlos, sie müssen es sogar auf das entsetzendste bekämpfen, da es auch noch eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes bringen soll. Es wird ja nun gewiß nicht an Seiten fehlen, die die Arbeiter auf den Reichstag verweisen, der dem Entwurf die „Gegensätze“ schon ansprechen werde. So wird im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften die Meinung ausgesprochen: „Die Konfession im Reichstag ist glücklicherweise so, daß ein reaktionäres Gesetz nicht zu Stande kommt.“ Dieser Glaube zeigt mindestens von einer sehr trüblichen Auffassung. Man braucht nur die Stellung zu betrachten, die die bürgerlichen Parteien bisher zu der Frage eingenommen haben. Die Nationalliberalen sind Feinde der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Wenn sie sich dazu überhaupt verstehen, werden sie nur in reaktionärem Sinne wirken und nützen. Die Konservativen wollen nur dann einer „Ansbekennung des Koalitionsrechtes“ zustimmen, wenn für den erforderlichen Schutz der Arbeitswilligen „gesorgt wird und die Berufsvereine für einen „Mißbrauch ihrer Rechte“ straf- und zivilrechtlich haftbar gemacht werden. Das wäre gewiß eine wertvolle Koalitionsfreiheit, die ein würdiges Seitenstück zu der „Prekäretheit mit dem Salzen daneben“ sein würde. Das Organ des Bundes der Landwirte schreibt kürzlich: „... Die Ge-

rechtigkeit aber, die man den Gewerkschaften bezüglich der Befugnisse zu juristischer Ausgestaltung ihrer Organisationen zuteil werden lassen möchte, könnte zu einem schweren Unrecht allen denen gegenüber werden, welche die Folgen dieser gewerkschaftlichen Vereinsfreiheit zu tragen haben; man hüte sich, durch gesetzgeberische Maßnahmen die Wasser anschwellen zu lassen, die das sozialdemokratische Mühlenwerk antreiben. Die Gewerkschaften haben bisher noch nicht die mindeste Neigung offenbart, einen unzweideutigen Trennungsschritt zur politischen Partei hin zu ziehen...“

Aber die Zentrumspartei — Wer diese Partei bei der Beratung der Berggesetznovelle im preussischen Landtage am Werke gesehen hat, wird von ihr auch im Reichstage nichts gutes erwarten. Man muß sich bei dieser Partei doppelt vorsehen, denn sie verleiht es nur zu gut, unter „arbeiterfreundlichen“ Anträgen und Reden ihren reaktionären Charakter zu verhüllen.

Die Industriellen machen schon jetzt alle Anstrengungen, den Reichstag in ihrem Sinne zu beeinflussen. Der Bund der Industriellen hielt am 27. November in Berlin seine zehnte Generalversammlung ab. Fabrikant Krüger sprach über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Es wurde folgende Resolution beschloffen:

„Der Bund der Industriellen spricht sich für die Erteilung der obligatorischen Rechtsfähigkeit an die Arbeiterberufsvereine aus, unter der Voraussetzung, daß ihnen keine Ausnahmestellung vor anderen Vereinen eingeräumt, und daß außer ihrer zivilrechtlichen Haftbarmachung der Schutz der Minderheiten und in Streitfällen Repressionsmaßnahmen gewährleistet werden.“

Der Bund der Industriellen geht gleich aufs Ganze, indem er auch den Eintragungszwang für die Arbeitervereine fordert. Welche Motive ihn dabei leiten, dafür kann wohl die Broschüre des Dr. Otto Ballerstedt angezogen werden, die unter dem Titel: „Arbeiterorganisation und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Eine Mahnung...“ als 7. Heft der Sozialwirtschaftlichen Zeitfragen, herausgegeben von Dr. Alexander Lilla, erschienen ist. Der Inhalt dieser Schrift ist eigentlich nur ein Extrakt der Scharfmacherartikel der Arbeiter-Zeitung. Es werden darin in der bekannten Manier die Gewerkschaften verächtigt und in düsteren Farben die Gefahren geschildert, die aus der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine erwachsen würden. Wenn aber die Lösung nun erfolge, dann müßten die „entsprechenden Kartellen“ geschaffen werden durch „Schutz der Minderheiten und der Arbeitswilligen“ (Zuchthausgesetz) und der zivilrechtlichen Haftbarmachung der Berufsvereine. Für jeden vermeintlichen oder wirklichen Schaden, der durch Kontraktbruch oder sonstwie bei Streiks u. einem Unternehmer erwächst, will man das Gewerkschaftsvermögen in Anspruch nehmen, damit auf diesem Wege das erreicht werden könne, was auf dem kriminellen zu erreichen unmöglich ist: Die Vernichtung der Gewerkschaften, des Koalitionsrechtes überhaupt.

Im diesem Sinne werden die Scharfmacher auch im Reichstage tätig sein. Und der Gesetzesentwurf der „verbündeten Regierungen“ scheint nach dem, was darüber „verlautbart“, eine ganz passende Unterlage dazu abzugeben.

Berliner Arbeitsverhältnisse — in englischer Beleuchtung.

Im vergangenen Sommer besuchten drei Engländer Berlin, um die Lage der Arbeiter in der dortigen Gelbmetallindustrie zu studieren. Das Resultat ihrer Studien liegt in Form einer 82 Seiten starken Broschüre vor. * Mr. West ist ein Unternehmer. Er ist Leiter der Firma West & Lloyd Limited und Vorsitzender des Unternehmerverbandes für Inflation von Gas und elektrischem Licht; Mr. Davis ist Sekretär des Messingarbeiter-Verbandes und Mr. Park scheint ein hervorragender Wohltätigkeitsmann der Stadt Birmingham zu sein. Nach der Vorrede war die Absicht der drei Herren, zu untersuchen, ob die Lebensweise der Berliner Messingarbeiter besser sei als die ihrer Kollegen in Birmingham. Sollte dies zutreffen, so wollten sie den Ursachen nachforschen und in Birmingham darauf bringen, daß dort ebenfalls die Vorbedingungen zur Einführung der nötigen Verbesserungen geschaffen werden. Sie rüsteten sich zunächst mit den nötigen Empfehlungsbriefen aus, die ihnen von dem Stadtrat Dr. Münsterberg, dem Oberbürgermeister Dr. Kirchner und dem Vorsitzenden der Berliner Verschönerungsanstalt, Dr. Richard Freund, ausgestellt wurden. Sie kamen am 20. April in Berlin an und blieben dort zehn Tage. Es ist erstaunlich, was sie alles in dieser kurzen Zeit besucht und angesehen haben. Allerdings erklärt sich aus der Kürze ihres Besuches auch manches falsche Urteil, das sie — besonders über die Arbeiterverhältnisse — in ihrem Bericht abgeben. Selbst wenn man — was bei den Verfassern als selbstverständlich voraussetzen dürfen — von dem besten Willen befehl ist, in allen Dingen der Wahrheit auf den Grund zu kommen, braucht man zu all dem, was sie sich vorgenommen hatten, doch unbedingt mehr Zeit, als ihnen zur Verfügung stand. Besonders ist dies notwendig, wenn es sich darum handelt, Arbeiterverhältnisse zu studieren. Über das, was in der Broschüre von den Berliner Arbeitern berichtet wird, wird sich niemand mehr wundern als unsere Berliner Kollegen selber.

Unter der Führung eines Herrn Weismenger, eines Berliner Fabrikanten, besuchten sie eine Gemeindefschule und eine Fortbildungsschule, unter der Führung des Kollegen Cohen zwei Arbeiterwohnungen und eine Fabrik. Wie es scheint, haben sämtliche Ausleitpersonen sich ohne jede Ausnahme bemüht, ihnen alles von der besten Seite zu zeigen. Dieses Bestreben ist ja weiter nichts böses, führte aber doch dazu, von drei Besuchern, die die aus ihren Wahrnehmungen gezogenen Schlüsse doch unwillkürlich verallgemeinern mußten, ganz falsche Vorstellungen von der Sachlage beizubringen. Ihnen ist verschiedenes vor Augen geführt worden, was nur als besonders günstige Ausnahme für der Regel entsprechend halten mußten. Von gegnerischer Seite ist dies auch schon ausgenutzt worden. Wir werden noch auf Einzelheiten zurückkommen.

In Berlin sind ihnen natürlich zuerst die vielen Denkmäler aufgefallen.

Der erste Abschnitt behandelt die Erziehung des Kindes des Messingarbeiters. Zunächst konstatieren die Verfasser, daß das Kind mehr unter der Aufsicht der Eltern ist als in Birmingham. Sie besuchten eine Gemeindefschule in der Rigaerstraße, eine der neuesten Schulen. Es fiel ihnen zunächst auf, daß sie „sowohl in den Straßen als auch in den Schulen kein einziges unterernährtes Kind gesehen haben“ (Seite 3) und daß sie sauber und gut gekleidet in die Schule kommen müßten. Die Einrichtungen werden sehr gelobt. Sonderbar klingt der Passus auf Seite 5: „Wenn Kinder in irgend einer Beschäftigung während des Nachmittags zu arbeiten wünschen, müssen sie von der Polizei die Erlaubnis dazu einholen. In dieser Schule werden fünfzig bis zwanzig Knaben auf diese Weise — meist als Laufburschen — beschäftigt, zehn bis fünfzehn Mädchen als kleine Beaufsichtigerinnen von Kindern. Kein Kind ist als Verkäufer von Zeitungen in den Straßen zu sehen.“

* R. H. Best, W. J. Davis and C. Perks: the Brassworkers of Berlin and of Birmingham. A Comparison. London, P. S. King & Son, 1906. Preis 1 Schilling.

Keinem jungen Mädchen (gemeint sind auch hier Kinder) wird von den Behörden erlaubt, auf der Straße Blumen zu verkaufen. Was hier von den Behörden gesagt wird, stimmt schon. Wir wollen ferner nicht annehmen, daß man den Verfassern wesentlich falsche Auskunft gegeben hat, indem man ihnen sagte, daß von den 2000 Schülern und Schülerinnen nur fünfunddreißig schon regelmäßig Lohnarbeit verrichten müssen. Ob den Verfassern aber zum Beispiel gar nicht die kleinen Schnürbandhändler und Händlerinnen aufgefallen sind, die auf den Straßen mit kläglichem Stimmchen ihre Waren anpreisen? „Ach, kooßen Se doch, kooßen Se doch, Se können se ja immer jebrauchen!“ — Die Verfassern führen bei allem, was sie besichtigt haben, stets die entsprechenden Einrichtungen in ihrer Heimat an. Meistens kommen diese schlecht dabei weg. Es würde hier zu weit führen, auf Einzelheiten einzugehen.

Das Fortbildungsschulwesen findet in den drei Verfassern begeisterte Bewunderer und sie wünschen nichts sehnlicher, als daß es in ihrer Heimat auch soweit vervollkommen werden möge. Daß dies bis jetzt noch nicht geschehen ist, wird wohl seinen Grund darin haben, daß man dort noch nicht so hohe Anforderungen an die Arbeiter stellt wie es in Berlin geschieht.

Die Mitteilungen über den Militärdienst sind an mehr als einer Stelle grundfalsch. Schon das militärpflichtige Alter ist mit 18 Jahren unrichtig angegeben. Auch überschätzen die Verfasser den Einfluß der Prüfung, deren sich die Einjährigfreiwilligen unterziehen müssen. Sie haben auch dem Herrn Weiswenger und dem Kollegen Cohen die Frage vorgelegt: „Hat der zweijährige Militärdienst gute oder schlimme Folgen für den Lehrling, wenn er seine Arbeit wieder aufnimmt?“ Über die Antwort wird berichtet: „Mr. Cohen billigte den Militärdienst nicht. Er entspricht nicht den sozialistischen Grundföhen des Gewerkschafters. Mr. Weiswenger war anderer Meinung. Nach seiner Ansicht macht der Militärdienst den Mann weniger weichlich (less soft), zuverlässiger, ordentlicher und besser für die Beschäftigung geeignet (a better man to have in employment). Von zwei Arbeitern, von denen der eine ohne militärische Erziehung (training) ist und der andere eine solche durchgemacht hat, würde er entschieden den letzteren als den geeigneteren vorziehen.“

Soweit wir darüber informiert sind, ist keiner der drei Verfasser der deutschen Sprache mächtig. Von dem, was ihnen mit Hilfe von Dolmetschern mitgeteilt worden ist, werden sie auch noch manches falsch verstanden haben. Außerdem haben sie vom deutschen Militarismus weiter nichts gesehen, als die glänzende Außenseite. Das, was ihnen als die guten Folgen des Militärdienstes erscheint, die bessere Haltung, Disziplin, Ordnungsliebe u. f. w., ist durchaus nicht allen durch den Militärdienst aneignet worden. Sonst müßten ja alle anderen, die nicht der Ehre teilhaftig geworden sind, Soldat zu werden, schlapp, disziplinlos und unordentlich sein. Wir würden die englischen Arbeiter sehr bedauern, wenn ihnen das Dauerersehen des preussisch-deutschen Kommisswesens samt seinen unausbleiblichen Folgen (Soldatenmißhandlungen zc.) aufgezwungen würde.

Was die Verfasser über Charakter, Religion und Vergnügungen der Berliner Arbeiter sagen, ist im großen und ganzen wohl richtig beobachtet. Es darf aber auch hier nicht vergessen werden, daß sie nur wenige Tage zur Verfügung hatten und daß das ganz natürliche Bestreben, ihnen alles von der vorteilhaftesten Seite zu zeigen, dazu geführt hat, ihnen die Ansicht beizubringen, es gäbe gar keine Rehrseite.

Auch die zwei Arbeiterwohnungen, die besucht worden sind, gehören solchen Arbeitern, die man zu den besser situierten zählen muß. Der eine von diesen beiden verdient 35 bis 38 Mk. wöchentlich und der andere 32 bis 33 Mk. Auch waren beide wohl nicht mit größerer Kinderfahar beglückt. Nur so läßt es sich erklären, daß ihre Wohnungen den Eindruck der Behaglichkeit und des beschiedenen Wohlstandes hervorrufen konnten, von dem unsere drei Engländer so viel Aufhebens machen. Es wäre besser gewesen, sie auch in andere Arbeiterwohnungen zu führen, wo das beste Zimmer einem Pftermieter überlassen werden muß und die zahlreiche Familie sich in Schlafzimmern und Küche behilft; man hätte ihnen auch das Schlafstellenwesen, diese berühmte Berliner Spezialität, zeigen müssen. Wir sind überzeugt, daß Kollege Cohen für eine entsprechende Ergänzung der Information der Verfasser gesorgt hätte, wenn er genügt hätte, welche falschen Schlüsse sie aus ihren Beobachtungen ziehen würden.

Von gegnerischer Seite ist auch bereits Kapital daraus geschlagen worden. Das neueste (siebente) Heft der von Dr. Alexander Tille herausgegebenen Sozialwirtschaftlichen Zeitschrift enthält eine Abhandlung des Dr. jur. Otto Wallerstedt über „Arbeiterorganisation und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“. Der letzte Absatz des Wortwortes zu dieser Abhandlung lautet:

„Gewiß sind noch vielen Arbeitern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu wünschen. Vielfach aber sind auch die Ansprüche übertrieben und maßlos. Nur ein Hinweis. Gener waren drei englische Arbeiter, darunter der Sekretär des englischen Metallarbeiterverbandes, Davis, in Berlin zum Studium der Arbeiterverhältnisse. Sie schildern diese in ihrem veröffentlichten Bericht weitläufig günstiger als die Lage in Birmingham, und sagten dem deutschen Gewerkschaftssekretär „Genossen“ Cohen: „Was brauchen sie (die Berliner Metallarbeiter)? Sie scheinen schon alles zu haben, und wir sehen nicht, für was sie agitieren.“ Dieser kurze Passus kennzeichnet so recht die große Gewissenhaftigkeit, womit die intellektuellen Helfer des Unternehmertums arbeiten.

Zunächst unterläßt der Dr. Wallerstedt, in seiner Schrift die Antwort mitzuteilen, die Kollege Cohen auf diese Frage gegeben hat. Sie lautet nach dem Bericht der drei Engländer: „Kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne.“ Mit dieser Antwort scheinen sich die Fragesteller auch zufrieden gegeben zu haben. Wenigstens äußern sie an keiner Stelle ihres Berichtes das Gegenteil. Ferner befindet sich unter den Dreien nur ein einziger Arbeiter (siehe oben). Herr Wallerstedt redet aber schlanke von drei Arbeitern. Auch gibt es keinen englischen Metallarbeiterverband, sondern unter unseren englischen Kollegen ist die Organisationsverwirrung leider noch sehr stark. Das deutsche Scharfmachertum scheint aber tatsächlich von seinen geistigen Helfern keinerlei Suchtennis zu verlangen.

Von Davis dürfen wir mit Sicherheit annehmen, daß er seinen Berliner Kollegen keinen Knüttel zwischen die Beine werfen wollte. Ebenfalls hätte er bei genauerer Kenntnis der Berliner Verhältnisse sicher dafür gesorgt, daß der Bericht nicht so gegen die Berliner Kollegen ausgeföhlet werden konnte.

Über den übrigen Teil des Berichtes können wir kurz hinweggehen. Er enthält einige Irrtümer untergeordneter Natur, ferner einige Druckfehler bei der Wiedergabe deutscher Worte. Die in solchen Fällen ja leicht vorkommen können.

Wir konstatieren nochmals, daß die drei Verfasser sicher nichts dafür können, daß ihr Bericht so viele unrichtige Angaben enthält. Wo es ihnen möglich war, sich einschlägiges Zahlenmaterial zu verschaffen, haben sie dies ihrem Bericht einverleibt. Wie selbste die Verfasser haben sich die größte Mühe gegeben, der Wahrheit auf den Grund zu kommen. Daß ihnen dies nicht immer gelungen ist, kann als Beweis für die Wertlosigkeit solcher kurzer Exkursions zur Information über eine so schwierige Sache gelten.

Das Beamtenelement in den deutschen Gewerkschaften.

Von Ernst Deinhardt.

In den deutschen Gewerkschaften macht sich ein steigendes Bedürfnis nach Anstellung besoldeter Beamten bemerkbar. Man braucht nur die Gewerkschaftspressen wie die Verhandlungen der Generalversammlungen und Verbandstage der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, eingehender zu verfolgen, so wird man fortgesetzt einer Diskussion der Beamtenfrage begegnen. Aus den meisten Äußerungen dieser Art fließt und hört man es heraus, mit wie großem Widerwillen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft der Vermehrung des Beamtenelements in den Gewerkschaften gegenübersteht; und doch kann man sich der Pflicht, mehr Beamte anzustellen, nicht entziehen, will man die Organisationen auf der Höhe halten oder auch weiter ausbauen und kräftigen. Selbst die christlichen Gewerkschaften, die in den ersten Jahren ihres Bestehens gern auf die „bezahlten Agitatoren“, auf die „Arbeitergroßen verprassenden Beamten“ der freien Gewerkschaften hinwiesen, um durch diesen den Unternehmern abgequackten demagogischen Kniff sich bei den Arbeitermassen besser einzuschmeicheln, haben einsehen müssen, daß ohne angestellte Beamte eine erfolgreiche gewerkschaftliche Organisationsstätigkeit heutzutage nicht mehr möglich ist. Trotz der Kleinheit ihrer Organisationen haben sie ein ganzes Heer von Beamten angestellt, im Verhältnis zur Mitgliederzahl jedenfalls weit mehr, als die freien Gewerkschaften.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren. Die Agitation stellt heute größere Anforderungen an den Gewerkschaftsführer als zu irgend einer früheren Zeit. Gerade das große Wachstum der Gewerkschaften in den letzten Jahren erforderte größere agitatorische Anstrengungen seitens der Organisationen, sollte die Vertiefung der Gewerkschaftsbewegung mit ihrer äußeren Wachsenfaltung gleichen Schritt halten, sollte ihr Geist durch den außerordentlichen Zuwachs bisher unorganisierten Elemente nicht Schaden leiden. Je größer aber der Zulauf zu den Gewerkschaften in den letzten Jahren gewesen war, um so schwieriger wurde es ihnen für die Zukunft gemacht, sich weiter auszudehnen; die Leichter zu erreichenden, leichter zu überzeugenden und deshalb leichter zu organisierenden Arbeitermassen waren ja den Organisationen zugeführt, diejenigen Elemente, die noch außerhalb der Organisationen standen, waren nur schwer von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes zu überzeugen und deshalb nur schwer zu organisieren. Auf sie kann aber die Gewerkschaftsbewegung nicht verzichten, will sie die allumfassende wirtschaftliche Organisation der Arbeitermassen zur Tatsache machen, will sie für die Zukunft überhaupt noch arbeits- und erfolgshaft sein. Zur Bekämpfung dieses Indifferentismus waren denn die bisherigen Agitationsmittel nicht mehr genügend, neben der besseren Ausgestaltung der Agitationsliteratur bedurfte es der Heranziehung einer größeren Zahl gut durchgebildeter, mit den Organisations-, Berufs- und Arbeiterverhältnissen durchaus vertrauter, jederzeit verfügbarer Kräfte, und so kam man von selbst zur Anstellung von Beamten.

Diese machte sich aber noch aus anderen Gründen notwendig. Die Lohn- und Streikbewegung erfordert heute weit mehr organisatorische Arbeit als früher. Leichtsinig inszenierte oder durchgeführte Streiks können heute, wo das Unternehmertum selbst gut organisiert und kampferprobt ist, direkt zu einer Gefahr für den Weiterbestand einer Gewerkschaft werden. Ein Gewerkschaftsbeamter erlangt allein schon durch seine regelmäßige Beschäftigung mit allen Fragen der Arbeiterbewegung die notwendige Übersicht über die Marktverhältnisse, die Fähigkeit, die Kräfte der Unternehmern- und Arbeiterorganisationen gegen einander abzuwägen, den Zeitpunkt zum Losschlagen oder zum Abbruch eines Kampfes richtig zu wählen, Unterhandlungen mit den Unternehmern zur richtigen Zeit einzuleiten und zu einem guten Ende zu führen. Und ihre große Erfahrung bei solchen Kämpfen kommt ihnen und der Organisation bei neuen Bewegungen immer wieder zu gute, sie verleiht ihnen ferner sowohl bei der kämpfenden Arbeiterschaft, wie auch gegenüber dem Unternehmertum die zur erfolgreichen Durchführung einer Bewegung so notwendige Autorität. Die Führung sozialer Kriege will heute ebenjogut gelernt sein, wie die politische Kriege, und bedarf man dort strategisch gut vorgebildeter Führer, so erst recht im Lohnkampf mit seiner vielseitigen Anwendung. Bei der Schwierigkeit des sozialen Kampfes können es die Gewerkschaften doch nicht dem Zufall überlassen, über die Führerschaft zur Durchführung einer Bewegung zu bestimmen, sie müssen jederzeit gut erfahrene und kampferprobte Führer zur Verfügung haben. Darüber kann heute nicht mehr gut gestritten werden.

Dann aber hat sich mit dem Ausbau der Gewerkschaften in den letzten Jahren eine bedeutende Zunahme der Verwaltungsarbeiten bemerkbar gemacht. Die meisten deutschen Gewerkschaften, die n. J. vor zehn Jahren außer Streikunterstützung gar keine andere Unterstützung zahlten, sind jetzt zur Einführung der Umzugs-, Notfall-, Sterbefälle-, vor allem aber der Arbeitslosen-, Erwerbslosen- oder auch der Krankenunterstützung geschritten. Die Verwaltungsarbeiten haben sich dadurch aber nicht nur vermehrt, sie sind auch komplizierter geworden. Bei der Größe der heutigen Organisationen, auch vieler Zweigvereine ist die Vernehmung der Verwaltungsgeschäfte im Nebenamt deshalb nicht mehr möglich. Bei einer Verwaltungsstelle von über 1000 Mitgliedern ist es unter den heutigen Verhältnissen deshalb ganz unmöglich, die Aufgaben ohne angestellte Beamte überhaupt zu erledigen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte aber im Jahre 1904 allein 37 Verwaltungsstellen oder Ortsfilialen mit mehr als 1000 bis 44875 Mitgliedern, der Deutsche Holzarbeiter-Verband 14 Verwaltungsstellen mit über 1000 bis 18860 Mitgliedern. Aus diesen Gründen ist man in den letzten Jahren immer mehr, als in früheren Jahren, zur Anstellung von Beamten geschritten, trotz der nicht zu leugnenden Abneigung, die in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder selbst gegen die Vermehrung der Beamtenstellen,

wie gegen die Beamten überhaupt herrscht. So hatte sich die Zahl der Beamten in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden am Schlusse des Jahres 1904 gegenüber 1898 mehr als verdreifacht, und selbst gegenüber dem Jahre 1901 mehr als verdoppelt. In dieser Zunahme sind fast alle mittleren und großen Verbände im gleichen Verhältnis beteiligt, vom Bäcker-Verband angefangen, der Ende 1904 bereits 19 Beamte angestellt hatte, gegenüber 5 in 1901 und 1 in 1898, bis zum Fabrikarbeiter-Verband mit 24 gegen 4 gegen 2, dem Bauarbeiter-Verband mit 32 gegen 13 gegen 3, dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verband mit 43 gegen 25 gegen 2, und zum Metallarbeiter-Verband mit 133 im Jahre 1904 gegen 43 gegen 6 in den Jahren 1901 respektive 1898. Im einzelnen erhält man für den Zeitraum von 1898 bis 1904 das folgende Bild:

Organisation	1898	1900	1901	1904
Asphaltre	—	—	—	301
Bäder	2593	3590	4585	9068
Bäcker	1906	475	463	898
Bauhilfsarbeiter	7866	11150	17001	17500
Bergarbeiter	27306	33059	26426	39042
Bildhauer	3572	4094	4543	4412
Blumenarbeiter	—	—	—	359
Böckler	4168	4920	5582	6298
Brauereiarbeiter	7645	8681	11410	12121
Buchbinder	6698	7631	10447	9971
Buchdrucker	24020	26244	28238	30974
Buchdr. Gl. u. Holz	—	—	—	854
Buchdr.-Hilfsarbeit.	1333	1343	1452	1815
Bureauangestellte	280	344	404	322
Bauarbeiter	1800	2459	3169	3961
Fabrikarbeiter	18172	22592	20847	18574
Feldler	—	—	254	1494
Formstecher	245	344	384	355
Gärtner	360	300	358	321
Gattungsgehilfen	1328	1387	1470	1950
Gemeindearbeiter	1611	2571	4630	5176
Glasarbeiter	3603	3628	7101	7591
Glaser	1630	2406	2772	2595
Grabenre	849	1006	1189	1489
Hafenarbeiter	10037	8587	11411	13719
Holz- u. Transport	5087	8799	17066	18274
Handlungsgehilfen	300	500	750	900
Handschuhmacher	347	347	345	340
Hausierer	4898	62570	73073	79351
Hutmacher	2488	2453	2629	2810
Isolierre	440	661	786	814
Kupferindustrie	3267	3314	3432	3525
Kürschner	—	—	800	850
Lagerhalter	315	334	436	625
Lebendarbeiter	4826	5269	4799	4890
Lebodarbeiter	4224	4621	5811	6530
Maler	8291	9540	10906	11891
Malchinen	3700	4600	5600	6600
Maler	60175	74584	82904	89898
Metallarbeiter	75431	85016	100762	102903
Müller	1048	1304	1506	1838
Notenstecher	—	—	—	266
Porzellanarbeiter	8857	8669	9280	8702
Sattler	2285	2824	3927	4241
Schiffbauarbeiter	1409	1598	2009	2063
Schneide	2500	3350	5500	6302
Schneidre	9495	12473	15633	16767
Schuhmacher	14810	16922	19288	19583
Seelre	1921	2222	2898	2986
Seinre	10030	10000	10000	9000
Stenre	2443	3397	4313	4614
Straßenre	3000	3700	4500	4800
Tafelre	18613	18401	18500	18321
Tapezre	2249	3525	4427	4411
Taxire	29087	27017	24233	28836
Töpfer	4891	5765	6831	7584
Verarbeiter	1000	1145	1352	1501
Waldre	—	—	—	875
Verarbeiter	2500	2748	3543	3668
Verarbeiter	912	857	1031	1054
Zimmerer	22104	23719	25272	24151
Zieler	—	—	—	260

Insgesamt 493742 504 509473 508 680427 263 677510 324 1052108 677

In der Gesamtmitgliedersiffer des Jahres 1898 sind die Verbände der Formre, Goldarbeiter, Holzre, in der des Jahres 1899 die der Formre, in der des Jahres 1900 die der Formre und Masseure, in der des Jahres 1901 die der Masseure mit eingerechnet, welche Verbände mittlerweile von den Organisationen der Metall-, Holz- und Gemeinre aufgeföhgt worden sind.

War die Anstellung einer größeren Zahl von Beamten für die Gewerkschaften aus den oben angegebenen Gründen eine zwingende Notwendigkeit, so hat sich in den letzten Jahren auch die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel immer mehr erwiesen. Nicht daß sich die gewerkschaftlichen Erfolge der neueren Zeit allein auf das Konto des umfangreicheren Beamtenapparates sehen will — es sprechen dabei noch andere und wohl auch gewichtigere Gründe mit —, wohl aber war es zu einem guten Teil den zahlreichen Gewerkschaftsbeamten zu danken, wenn die deutschen Gewerkschaften sowohl in ihrer Mitgliederzahl, wie ihrer inneren Organisation so große Fortschritte machten; wie auch bei der Lohnbewegung solche Erfolge erzielten. Im einzelnen läßt sich dieser Erfolg der Gewerkschaftsbeamten zahlenmäßig nicht nachweisen, aber ein Hinweis auf die Mitgliederentwicklung wird auch den Fernstehenden davon überzeugen, welche günstigen Einfluß das Beamtenelement auf die Entfaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ausgeübt hat und ausübt.

Es ist nicht von ungefähr gekommen, daß die Gewerkschaften der Bäder, Bauhilfsarbeiter, Brauereiarbeiter, Fabrikarbeiter, Gemeinre, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter sich in so günstiger Weise entwickelt haben, obwohl es sich bei ihnen um ein schwer zu organisierendes Arbeiterrelement handelte: die günstige Entwicklung dieser Organisationen ist meiner Ansicht nach ihrer verhältnismäßig großen Zahl angestellter Beamten zu danken. An augensichtiger tritt das beim Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zutage. Alle Organisationsversuche unter den Handelsre, in früheren Jahren kaum nennenswerte Erfolge, und auch der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter fristete in den ersten Jahren seines Bestehens nur ein beschiedenes Dasein. Als diese Organisation im Jahr 1900 aber dazu überging, eine größere Zahl von Beamten anzustellen, sogar aus anderen Berufen, nahm sie eine durchaus günstige Entwicklung; und wir haben die außerordentlich bezeichnende Tatsache zu verzeichnen, daß die Handelsre, die man sonst für ein durchaus indifferentes und der Gewerkschaftsbewegung unzugängliches Element gehalten hatte, am Schlusse des Jahres 1904 bereits über eine Gewerkschaft von mehr als 40000 Mitgliedern verfügte. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Fabrikarbeiterverband. Diese Organisation nahm erst dann eine erfreuliche Entwicklung, als sie eine größere Zahl von Beamten anstellte; heute verfügt sie über mehr denn 50000 Mitglieder. Dabei befindet sie sich erst am Anfang ihrer Vorwärtsbewegung, die sich angeichts der gegenwärtig zur Verfügung stehenden organisatorischen und agitatorischen Kräfte künftig ungleich schneller vollziehen dürfte, als das in den beiden letzten Jahren geschah. In gewerkschaftlichen Kreisen ist man sich denn auch über den günstigen Einfluß eines guten Beamtenre auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung durchaus nicht mehr im Zweifel, und fast jede Generalversammlung der Zentralverbände diskutiert und beschließt die Anstellung von Beamten. Das geschah auch in diesem Jahre auf einer ganzen Reihe von Gewerkschaftstagen, auch auf denen

Wir entnehmen diesen Artikel der neuesten Nummer der Sozialistischen Monatshefte. Über den Inhalt der Heftes befindet sich an anderer Stelle dieses Heftes eine informierende Notiz, worauf wir unsere Leser besonders hinweisen. Red.

	1895	1900	1904
Arbeiterunterstützung	298612	461028	646521
Arbeitslosenunterstützung	196078	501078	1599424
Krankenunterstützung	451481	658028	1416935
Invalidenunterstützung	—	119530	213626
Umzugs- und sonstige Unterstützungen	40278	206459	621700
Insgesamt	976447	1986141	4498515

1898 gab es dort nur 8 solcher Verwaltungsstellen, deren größte damals 800 Mitglieder zählte.

4 Allerdings beziehen sich die Zahlen für die Jahre 1898 und 1899 nur auf die Beamten in der Zentralverwaltung; doch gab es in diesen Jahren erst wenig angestellte Sozial- und Baubeamte. Andererseits ist bei den Zahlen für das Jahr 1904 zu berücksichtigen, daß über den Beamtenapparat des Buchdrucker-Verbandes irgend welche Angaben fehlen.

Neuerer Organisationen. So haben beispielsweise die Bauhilfsarbeiter die Vermehrung ihrer befohlenen Gaubeamten um drei, die Maler um sieben beschloffen; die Glasarbeiter und Lederarbeiter beschloffen: zwei Gaubeamte anzustellen, die Zimmerer vollzogen die Anstellung von fünf weiteren Gaubeamten, die Tabalarbeiter wählten zwei neue Vorstandsbeamte und ermächtigt ihren Vorstand zur Anstellung von Gaubeamten u. s. w. Alle diese Organisationen wissen viel zu gut, daß sie damit zur Festigung und zur weiteren günstigen Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung beitragen.

(Schluß folgt.)

Aus den einzelnen Branchen.

Konferenz der Elektromonteur Rheinland-Westfalens.

Duisburg. Am 19. November tagte hier eine Konferenz der Elektromonteur, die als Fortsetzung der am 1. Oktober in Solingen abgehaltenen Konferenz dieser Branche zu betrachten ist. Die Konferenz war durch Delegierte aus folgenden Orten besucht: Aachen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Hagen, Köln a. Rh. und Solingen. Das Organisationsverhältnis der einzelnen Delegierten, soweit sie schon organisiert waren, ist dem Deutschen Metallarbeiter-Verband gehörten 15, dem Hirsch-Dunderfischen Gewerbeverein 4 Delegierte, den Lokalorganisationen in Bielefeld, Köln, Dortmund, Duisburg und Solingen gehörten 7 Delegierte an. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzte eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte wegen der Zulassung der Delegierten zu dieser Konferenz ein. Durch Majoritätsbeschluß wurde folgender Antrag angenommen: „Zugelassen zu dieser Konferenz werden nur die in der elektrotechnischen Industrie beschäftigten Arbeiter, gleichviel ob dieselben als Elektromonteur, Mechaniker oder in sonstigen Berufen in der betreffenden Industrie tätig sind.“ Auf Grund der Annahme dieses Antrags mußte Herr Braun aus Dortmund, Angestellter des Hirsch-Dunderfischen Gewerbevereins, seinen Platz am Vorstandstisch verlassen, er erbat und erhielt aber von der Konferenz das Recht, den Verhandlungen als Gast beizuwohnen.

Der einzige Punkt der Tagesordnung war: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Elektromonteur.“ Als Basis für die Verhandlungen diente die auf der Solinger Konferenz angenommene Resolution. Diese lautet: „In Anbetracht der Notwendigkeit, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Elektromonteur einer Verbesserung bedürfen, erkennt die heute in Solingen tagende Konferenz des Monteurvereins den Wert der gewerkschaftlichen Organisation an und beauftragt die Vertreter der einzelnen Vereine, diesbezüglich mit den in Frage kommenden Gewerkschaften in Verbindung zu treten.“ Mehrere Redner besprachen die ungünstigen Erwerbsverhältnisse der Elektromonteur, den Stiefhänger dieser Kollegen scharf kritisiert. Die meisten Redner sprachen sich für den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband aus, einzelne Kollegen plädierten für den Hirsch-Dunderfischen Gewerbeverein. Ein Delegierter der Solinger Lokalorganisation führte bittere, wie wir aber weiter sehen werden vollkommen unberechtigte Klagen über den Kollegen Sendler in Solingen. Er habe sich als Beauftragter der lokalorganisierten Elektromonteur an Sendler, als Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, ebenso an den Hirsch-Dunderfischen Gewerbeverein, zwecks Übertritt der betreffenden Kollegen in eine der genannten Zentralorganisationen gewandt. Von dem Hirsch-Dunderfischen Gewerbeverein habe er eine klare, bestimmte und zureichende Antwort erhalten, dagegen sei Kollege Sendler, als Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in seinem Antwortschreiben auf die gestellten Fragen wie die Rahe um den heißen Brei herumgegangen. Nach Verlesung sämtlicher diesbezüglich gewechselter Schriftsätze durch den Delegierten der Solinger lokalorganisierten Elektromonteur ging aus dem zur Verlesung gelangten Antwortschreiben Sendlers zur Evidenz hervor, daß derselbe, auf den Übertrittsbewilligungen unseres Status habend, sämtliche in dem fraglichen Schreiben gestellte Fragen in klarer Weise beantwortet hatte. Ein ähnlicher Vorwurf wie gegen Sendler wurde von einem Kollegen der Duisburger lokalorganisierten Elektromonteur gegen die vor zirka einem Jahre amtierende Ortsverwaltung der Zahlstelle Duisburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erhoben. Nach gegenseitiger Aussprache mit einem anderen Duisburger Delegierten, der Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist, trat der Vorstand der Duisburger lokalorganisierten Elektromonteur in nochmalige Übertrittsverhandlungen mit den Organen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ein. Der Delegierte der lokalorganisierten Elektromonteur von Köln a. Rh. gab namens seiner Organisation folgende Erklärung ab: „In Erwägung, daß wir in unserem Verein gute Kassenverhältnisse, eine schöne Bibliothek, gute sachwissenschaftliche Vorträge und das Arrangement von Fachexkursionen haben, sehen wir vorläufig von einem Übertritt zu einer Zentralorganisation ab. Der Kölner Monteurverein erklärt sich diesbezüglich mit den Tendenzen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einverstanden.“

Zum Schluß der Tagung gelangte nachfolgende Resolution mit 21 gegen 6 Stimmen zur Annahme: „Die heute in Duisburg tagende Konferenz der Elektromonteur von Rheinland und Westfalen hat aus den Verhandlungen die Überzeugung gewonnen, daß zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur eine Kampfororganisation in Frage kommt. Sie sieht in der Aufspaltung in kleinen Organisationen und in Lokalvereinen eine Gefahr für die geistliche Förderung unserer Interessen und empfiehlt darum den noch außenstehenden Elektromonteur den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband.“

Das vitalste Interesse der Elektromonteur verlangt, daß dieselben den Beschlüssen dieser Konferenz nachkommen. Deshalb, Kollegen: Ginein in die Kampfororganisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verbande, auch selbst zum Schutz, den Unternehmern zum Trotz!

S. D.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Am Freitag zu vermeiden und eine geregelte Vertragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt daß mit Sonntag dem 10. Dezember der 50. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. Dezember 1905 fällig ist.

Da die Protokolle der Formerkonferenz vom 10. Juni bereits verziffert sind, weitere Bestellungen aber täglich eintreffen, so erlaube ich die Bestellungen, die noch Bedarf haben, dies bis spätestens 15. dieses Monats mitzuteilen, damit eine eventuelle Neuauflage danach bemessen werden kann. Da die Verzifferungen nur gegen Voreinsendung des Betrags erfolgen, ersuchen wir diesen mit der Bestellung einzusenden.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet. Der Einzelmitgliedschaft Grotzsch ab 1. Januar 1906 pro Woche und Mitglied 5 Pf.

Der Verwaltungsjahre Mülhausen i. E. pro Woche und Mitglied 5 Pf.

Die Rückzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung des Mitgliedschaftsrechts zur Folge.

Angehörigen aus dem Verband werden nach § 2 Abs. 2 des Statuts:

Auf Antrag der Einzelmitgliedschaft Chemnitz: Der Metallarbeiter Ernst Richard Lindner, geb. am 26. April 1871 zu Göggenort, Buch-Nr. 861 164, wegen unkollegialen Verhaltens und Demagogie.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Brandenburg:

Der Schlosser Fritz Rindel, geb. am 15. Mai 1863 zu Zabitz, Buch-Nr. 814 651; Rindel hatte vor Erwerb seiner Mitgliedschaft Streitbruch verübt.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Königsberg i. Pr.:

Der Schlosser Rob. Sudau, geb. 13. August 1876 zu Pillau II, Buch-Nr. 620 169, wegen Veruntreuung von Verbandsgebern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwabach:

Die Beschneiderin Lona Nerke, geb. am 7. Juni 1864 zu Schwabach, Buch-Nr. 181 336, wegen Sperrebruch.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schweidnitz i. Schl.:

Der Feilenhauer Paul Gmalb, geb. am 18. September 1864 zu Volkenheim, Buch-Nr. 862 097 wegen Schädigung der Verbandsinteressen und unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwerin:

Der Schlosser Alexander Leichart, geb. am 1. März 1863 zu Zeitz, Buch-Nr. 874 769, wegen bringendem Verdacht der Begehung seines Schloßkollegen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Osterholz-Scharmbeck:

Der Former Paul Winde, geb. am 2. März 1884 zu Lorenzdorf, Buch-Nr. 829 309 wegen Logischschwindeln und Betrug.

Gerügt werden:

Auf Antrag der Untersuchungskommission und der Verwaltungsstelle in Fürstentum:

Die Klempner Richard Schreiber und Richard Lürschmann wegen Nichterhaltung eines Werkstattbeschlusses betreffend die Verweigerung von Überstunden.

Der Brüdenschlosser Nikolaus Kern, dessen Militärpapiere durch das Bezirkskommando in Vorrach an uns eingeleitet wurden, wird hierdurch aufgefordert, dieselben einzuverlangen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16 b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 30. November 1905 bei der Hauptkasseneingegangenen Verbandsgebelde.

- Von: Aachen 800, Alena 118,74, Altenburg 1600, Alt- wasser 150, Altrern 100, Alfersleben 1000, Alue 800, Auerbach 100, Augsburg 2400, Baden-Bader 160, Bangen 600, Bergedorf 320, Berlin 90 150,20, Bielefeld 1700, Blankenburg 100, Bochum 800, Brandenburg 5000, Bremen 3200, Bremerhaven 3600, Breslau 10000, Burgstädt 400, Chemnitz 15000, Czinmützhau 600, Danzig 828, Darmstadt 1500, Dassel 100, Dessau 1900, Detmold 60, Differdingen 200, Döbeln 1000, Dortmund 1700, Dresden 12 850, Düren 230, Duisburg 500, Durlach 800, Düren 50, Eisenach 150, Eintracht 100, Eilenach 1200, Elbing 300, Esterwerda 100, Erfurt 300, Eßen 6000, Eßlingen 1800, Fürstentum 300, Gensburg 1600, Gort 100, Frankfurt 1000, Freiberg 150, Freiburg i. Schl. 350, Fürstentum 600, Gelsenkirchen 600, Gensberg 2000, Gießen 1000, Glaucha 200, Gmund 300, Görlich 2300, Göppingen 200, Greifswald 180, Greiz 200, Griesheim 5,38, Großenhain 300, Gröna 300, Gültrow 200, Gundersleben 173,21, Hagen 1500, Halle 3600, Hamburg 15000, Hameln 300, Hanau 600, Hannover 6400, Harburg 1550, Harzgerode 1055,18, Höchst 200, Hohenstein-Cransthal 260, Ingolstadt 200, Jserloh 600, Jöhne 350, Jauer 100, Jena, Altg. 500, Mecklenburg 500, Kaiserslautern 500, Kiel 4800, Koblenz 0,40, Kolmar 100, Köln 6000, Königsberg 1000, Köslin 200, Kositz 100, Krefeld 100, Kronenberg, Schleier 150, Kufmbach 100, Lagerdorf 100, Leer 400, Leipzig 15 650, Leisnig 200, Liegnitz 600, Limbach 350, Lindau 100, Lötzbach 100, Lübeck 3200, Lütz 104,60, Ludenwalde 900, Ludwigshafen 2400, Magdeburg 11 000, Mainz 600, Mannheim 5500, Meerane 500, Merseburg 500, Minden 263,60, Mittweida 200, Mügeln 2200, Mundenheim 350, Neisse 100, Neugersdorf 300, Neumarkt 100, Neumünster 250, Neustadt a. D. 100, Nordhausen 200, Norden 300, Roffen 100, Nowawes-Neudorf 1000, Nürnberg 1000, Oberursel 200, Offenbach 3200, Ogersheim 430, Ohrdruff 30, Oldenburg 200, Oßersleben 160, Osterholz-Scharmbeck 400, Penig 400, Pforzheim 800, Planen 200, Pries 800, Queis 100, Radeberg 350, Raffart 100, Rathenow 800, Ratingen 150, Ravensburg 50, Reichenbach 200, Reichenhall 100, Reinscheid 1600, Rößlau 250, Roßdorf 800, Saalfeld 800, Salzgitter 50, Sangerhausen 250, Siegmars 400, Soest 75,36, Spremberg 200, Suhl und Umgebung 745,50, Schmalfelden 200, Schmiedeberg 700, Schmolln 150, Schweidnitz 300, Schweinfurt 400, Schwennigen 400, Stettin 2600, Straßburg 1000, Striegau 237,56, Stuttgart 4000, Torgelow 100, Teichberg 230, Uetzeren 117,25, Ulm 400, Völsfelde 800, Weichach 29,90, Weisenfels 200, Wiesbaden 800, Wismar 300, Wittenberg 200, Wolgast 200, Würzen 200, Zeitz 400, Zwickau 1000, Zwönitz 350, Einzelmitglieder der Hauptkassette 500. Für Geschäftsbücher 34,13. Zurückbezahltes Darlehen von der Verwaltungsstelle Berlin 32500. Zurückbezahlte Schuld von W. Bisner, Konstanz, a. Sonstige Einnahmen der Hauptkasse 13,10.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Drechern, Formern und Schlossern nach Norden D.;
- von Drechern, Brückern, Giechern, Gärtlern, Monteurern, Schleifern und Hufeisen nach Burg-Vogelsang, Kanton Argau, Schweiz (Firma Sgloff & Cie.) D.;
- von Drechern, Giechern, Gärtlern, Polierern, Schleifern und Hufeisen nach Zürich und Hochdorf, Schweiz (Firma Strassler) D.;
- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Schmiedern nach Penig (Maschinenfabrik A. G.) D.; nach Plauen (Veyer & Zeitzsch) D.; nach St. Georgen (Eisenwerk St. Georgen) D.; nach Tangermünde (Hermann Benjam & Co.) St.; nach Velbert D.; nach Vervigerode (Liders) D.;
- von Grabmalern nach Stuttgart (Vereinszeichen und Prägemaßstab Schmidt, Joh. B. Belf.) D.;
- von Gärtlern, Fräsern, Schleifern und Stanzern nach Erfurt-Lövershofer-Compagnie (Löbelmann & Grimm) D.;
- nach Oberursel (Häpinger Metallwarenfabrik);
- von Klempnern, Blechballagrarbeitern und Arbeiterinnen nach Braunschweig (Lager a. S. & Kugel) D.; nach Stuttgart (Gasmessfabrik Braun & Co.) St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Bangen (Firma Bitter) St.; nach Basel, Schweiz (besonders Maschinenfabrik Metz) St.; nach Brugg, Kanton Aarau, Schweiz (Maschinenfabrik Müller & Co.); nach Burgstädt bei Chemnitz (Stanzwerk Aktiengesellschaft) St.; nach Merseburg (Arbeitszeugfabrik Jul. Blante & Co.) D.; nach Oberstein a. R. (Firma G. Hummel)

- D.; nach Solingen; nach St. Blasie, Schweiz, (Automobilfabrik A. G. vormals Martini & Co.); nach Lun, Schweiz (Metallwerke Seloe) St.; nach Löß bei Winterthur (Maschinenfabrik Nieder & Co.); nach Wetter a. d. R. (Gussstahlwerk Schulte) Mi.; nach Wismar (Maschinenfabrik Raulf & Sohn) D.;
- nach Zwickau (Firma Dittler) D.;
- von Schlägereiarbeitern nach Solingen St.;
- von Schlossern nach Esterwerda (Fahrerwerke) M.; nach Spremberg (Reparaturschlosser) D.; nach Stuttgart (Kunst- und Bauhölzerei von Stäbler) D.; nach Zürich (Firmen Kaffen-Bauer, Kaffen-Schwager, Schäppi-Schweizer und Bünler & Cie., Ofenfabrik);
- von Schlossbauern nach Großsch. b. Leipzig;
- von Hufeisen nach Stuttgart (Hafis & Hahn) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Aufsperrung; D.: Differenzen; Mi.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; M.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Former.

Osnabrück. Seit dem 30. November stehen die Former der Firma H. W. Drtmann im Streit. So einmütig, wie am 15. November die Kündigung eingereicht wurde, legen dann auch am 29. November die Kollegen die Arbeit nieder. Der erste Erfolg für die Streikenden ist bis jetzt trotz aller Bemühungen der Firma ausgeblieben. Die schon vor Wochen angekündigten Arbeitswilligen, die nur auf den Ablauf der Kündigungsfrist warten, um dann sofort die Klage der Streikenden einzuziehen, haben nur in der Person des Herrn Hansen existiert. Wenn der Zugang nach hier streng eingehalten wird, kann der Streik nur von kurzer Dauer sein. Die angekündigte Kündigung der Schlosser und Dreher, wenn sie nicht schriftlich ihren Austritt aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband erklärt, ist nicht erfolgt. Herr Hansen hat sich die Sache noch rechtzeitig überlegt und den Ufas zurückgenommen.

Metallarbeiter.

Ahlen i. Westf. Wir erhielten zu der Korrespondenz in Nr. 46 folgende Zuschrift: „Ahlen i. Westf., den 25. November 1905. An die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart. Auf Grund des Pressekodex eruchen wir um Aufnahme folgender Berichtigung: Eine Firma Wynus vormals J. & H. Kerkmann gibt es nicht, sondern wohl eine Firma Westfälische Stanz- und Emailierwerke, Aktien-Gesellschaft, vormals J. & H. Kerkmann und eine Firma Heinrich Kerkmann sen., Inhaber Ehrenberg & Co., dessen Betriebsleiter der Produktivist Wienbus ist. Die genannten Annoncen sind von uns aufgegeben und haben mit der genannten Firma Heinrich Kerkmann sen. nichts zu tun. Es ist überhaupt in dem fraglichen Artikel alles wild durcheinander geworfen und für den Uneingeweihten unmöglich zu finden, welche Firma eigentlich gemeint ist. Wir bitten um Nichtigstellung unter Zuwendung einer Belegnummer. Hochachtung! Westfälische Stanz- und Emailierwerke, Aktien-Gesellschaft, vormals J. & H. Kerkmann. Notiz zu Ihrer Information! Sie haben auch die Firma Rollmann & Lohar in Rollmann & Lohar verdruckt. Jedenfalls werden bei uns die Arbeiter nicht schlechter behandelt und bezahlt, wie bei den von Ihnen genannten Firmen. Wenn Mißstände bei den Firmen H. Kerkmann sen. und Gebrüder Seiler vorhanden sind, so dürfte es jedenfalls am besten sein, wenn sich die Arbeiter, eventuell durch Sie, an den Vorstand des Arbeitgebervereins wenden würden, dessen Zeitung jedenfalls über jeden Verdacht der Parteilichkeit erhaben ist und würde dann von dieser Seite auf die genannten Firmen eingewirkt werden, damit derartige Mißstände behoben werden. Jedenfalls scheint aber Ihr Korrespondent mit den einschlägigen Verhältnissen wenig vertraut zu sein, sonst hätte er Ihnen zum mindesten doch die Namen der Firmen richtig nennen müssen. Wir sehen Ihrer umgehenden Nachricht entgegen. Wiederholt hochachtungsvoll! D. D.“ — Wir haben hierzu zu bemerken, daß unser Ahlener Korrespondent sehr genau mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut ist. Und wenn schon in der in Nr. 46 unserer Zeitung abgedruckten Kritik der Ahlener Fabrikverhältnisse die Firmen H. Kerkmann sen. und Westfälische Stanz- und Emailierwerke, Aktien-Gesellschaft, vormals J. & H. Kerkmann, manchmal durcheinandergerührt worden sind, so scheint uns das mehr auf eine neidliche Bosheit unseres Korrespondenten hinauszulaufen, als auf Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse. Beide Betriebe sollen nämlich, was die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrifft, zum Vergleich ähnlich sein, und was von der „Firma Wienbus“ gesagt wurde, trifft zum großen Teil auch auf die „Aktien“ zu. („Wienbus“ ist die in Ahlen übliche Bezeichnung für die Firma H. Kerkmann sen., während die „Aktien“ der allgemeine Ausdruck für J. & H. Kerkmann, Aktien-Gesellschaft, ist.) Freut hat es uns, daß die Firma vormals J. & H. Kerkmann empfindet, die Beschwerden der Arbeiter durch uns dem Vorstand des Ahlener Arbeitgebervereins zu übermitteln. Bedeutet das doch nichts mehr und nichts weniger als die — wenn auch verschämte — Anerkennung der Organisation! Vor einem Jahre piff der Wind noch aus einem ganz anderen Loch, was folgende Schriftstücke beweisen mögen. In den Zeitungen wurden im Dezember 1904 von der Firma vormals J. & H. Kerkmann, Aktien-Gesellschaft, tüchtige Schnittmacher gesucht. Auf eine Werbung erhielt eines unserer Mitglieder eine Karte des Inhaltes: „Ahlen, den 24. Dezember 1904. Herrn Bielefeld. Wir erhielten Ihre gestrige Karte und erwidern Ihnen, daß Sie bei uns eintreten können, wenn Sie fleißig sind und keiner Generalfabrik angehören, da wir gewerkschaftlich organisierte Leute nicht beschäftigen. Den Lohn können wir Ihnen vorher nicht mitteilen, da sich dieser ganz nach Ihren Leistungen richten würde. Hochachtungsvoll! Westfälische Stanz- und Emailierwerke, Aktien-Gesellschaft, vormals J. & H. Kerkmann. (Unterschrift unleserlich).“ Als unser Kollege daraufhin mitteilte, daß er die Stellung antreten würde, wenn die Firma keiner Arbeitgebervereinigung angehört, „da er bei organisierten Firmen nicht arbeite“ — da schrieb die Firma vormals J. & H. Kerkmann folgendes: „Ahlen, den 29. Dezember 1904. Herrn Schlosser Bielefeld. Im Befehl Ihrer gestrigen Karte verzichten wir auf Ihre Dienste. Sämtliche Werke in Ahlen gehören dem Fabrikantenverein an, da sich sonst vor den Anforderungen der Arbeiter niemand schützen kann. Achtungsvoll! Westfälische Stanz- und Emailierwerke, vormals J. & H. Kerkmann. (Unterschrift unleserlich).“ — Wie gesagt, wir begründen den Fortschritt in den Anschauungen der Firma vormals J. & H. Kerkmann und werden nicht verfehlen, die vorhandenen Mißstände dem Vorstand des Arbeitgebervereins zur Kenntnis zu bringen. Wir werden dann ja sehen, ob der Vorstand des Arbeitgebervereins „unparteiisch“ genug ist, sich der Beschwerden der Arbeiter anzunehmen.

Warenth. In der am 25. November abgehaltenen Mitglieder- versammlung fand unter anderem die Errichtung eines Arbeitersekretariats zur Debatte. Einstimmig war man der Meinung, daß die Errichtung eines solchen Instituts für Warenth unumgänglich notwendig sei. Es erklärten sich alle Mitglieder bereit, dafür einen wöchentlichen Beitrag zu bezahlen.

Köln-Kalk. Das am 29. Oktober 1905 bei Nied in Kalk tagende Schiedsgericht beschloß, dem Kesselschmied Arnold Andermahr (Buch-Nr. 601 933) wegen großer Verstöße gegen die Interessen des Verbandes und der Kollegialität im allgemeinen eine öffentliche Klage zu erteilen. J. A. H. Kempkens.

Ludwigsburg. In der am 19. November abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung sprach Kollege Feuchter über die

Mißstände in der hiesigen Metallindustrie. Der Referent unterzog zuerst die Lage der Arbeiter im allgemeinen einer Betrachtung und ging dann auf die Mißstände in einzelnen Betrieben ein. Genannt wurden die Firmen: Karl Otting, Walter & Co., Hackpiel, Dietrich, Karl Weiß & Co., G. W. Barth, Fried. Bei der Firma Fried ist für 35 Personen nur ein Abort vorhanden, der sehr selten gereinigt wird. Ankleideräume sind in den hiesigen Betrieben unbekannt; zum Aufbewahren der Kleider dienen Kisten, bei Fried aber ein Nagel in der Wand. Als Waschrichtungen werden hier Wasserleimer und alte Töpfe betrachtet. Mit der Ventilation steht es schlecht, bei Hackpiel, Dietrich, Weiß und Fried wird sie durch offene Fenster ersetzt. An Schutzvorrichtungen fehlt es bei Dietrich und bei Barth. Bei Hackpiel herrscht das Antreibesystem. Die Böden sind hier im großen ganzen nicht gut, aber die Firma Dietrich bezahlt gelernten Arbeitern 15 bis 30 Pf. die Stunde, in Alford kann man es auf 37 Pf. bringen, ungelernete Arbeiter erhalten 16 bis 24 Pf. Überstunden werden bei Hackpiel, Dietrich und Barth regelmäßig, bei Fried zeitweise gemacht. Bei Fried wird dafür kein Zuschlag bezahlt, bei Barth 20 Prozent. Bei Hackpiel gibt es nur für die Sonntagsarbeit der Gießerei Zuschlag. Bei Barth wurde auch Sonntags gearbeitet, weshalb es wegen Übertretung der Gewerbeordnung Strafbefehle gab. Bei Barth ist der Kran in der Gießerei in sehr gebrechlichem Zustand. Bei Weiß & Co. sind Ofen und Abort ohne Beleuchtung. — Am Schluß seines mit Beifall aufgenommenen Referats erläuterte Redner noch die Rechte und Pflichten der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und forderte die Anwesenden auf, sich diesem anzuschließen, da nur durch eine starke Organisation die geschilderten Mißstände beseitigt werden könnten.

Meinerzhagen. Vor kurzer Zeit hatten hier mehrere Kollegen die „Dreißigkeit“, eine Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu gründen. Das paßt nun selbstverständlich gewissen Leuten gar nicht. Man sucht uns möglichst am Zeuge zu fassen, dagegen werden den Hirsch-Dunderschen keinerlei Schwierigkeiten gemacht, diesen wird alle Freiheit gewährt und ihnen noch dazu Vorschub geleistet. Natürlich, brave Kinder müssen „belohnt“ werden. Wie man uns bekämpft, dafür zeugt die Tatsache, daß man sich nicht scheute, den Hausherrn eines Kollegen aufzufordern, ihm die Wohnung zu kündigen. Einem anderen Kollegen wurde angedroht: entlage er dem Verband nicht, so würde er zum Militär eingezogen. (Er war auf Reklamation seiner Mutter frei gekommen.) Auch in den Fabriken werden unsere Kollegen nicht verschont, doch scheiterten bisher alle Bemühungen „guter Freunde“ an der Humanität des Unternehmers. Die Steine, die man uns hier in den Weg legt, werden wir farneln und es wird gewiß die Zeit kommen, wo sie unseren Widersachern lästig werden. Wägen sich diese in acht nehmen, daß sie nicht darüber stolpern. Unsere Kollegen ersuchen wir, sich durch nichts beirren zu lassen, sondern unentwegt für die Werbung neuer Mitglieder tätig zu sein.

Meißen. (Christliches.) Die christlichen Brüder haben vor circa 14 Tagen in Meißen eine Zahlstelle errichtet. Als Vater dieser Lodgeburg dürfte der hiesige katholische Pfarrer in Betracht kommen. Die Gründung erfolgte im katholischen Kasino. Hierbei soll über Zweck und Nutzen der Organisation unter Wahrung der Religion viel und teilweise auch sehr schönes gesprochen worden sein. So habe es der Herr Pfarrer als eine „große Sünde“ hingestellt, wenn Leute dort arbeiten, wo ihre Kollegen im Streik stehen. Der geistliche Herr hätte gerade jetzt in Meißen Gelegenheit, anlässlich des Schuhmacherstreiks bei Preuß & Möbbs, wo fast ausschließlich böhmische Arbeiter und nebenbei gute Katholiken als Arbeitswillige — circa 40 Mann — arbeiten, diese Leute auf das eindringlichste ihres Zuns aufmerksam zu machen. Von einem derartigen Versuch ist uns bisher nichts bekannt geworden. Jedenfalls wird aber in Meißen recht wenig von diesen christlichen Gewerkschaftslehren zu spüren sein. In Meißen ist kein Boden für derartige Nach-Organisierungen. Hier dominieren die freien Gewerkschaften, und alle Versuche, diesen den Wind aus den Segeln zu nehmen, sind vergeblich.

Neuwied a. Rh. Eine von der hiesigen Verwaltungsstelle am 12. November in Sagn abgehaltene Versammlung, in der Kollege Dismann aus Frankfurt a. M. über das Thema: „Wie kann dem industriellen Arbeiter geholfen werden?“ sprach, war von den Arbeitern der Contordia- und Sagner-Hütte gut besucht. Kollege Dismann erledigte sich seines Referats in ferner und leicht verständlicher Weise. Redner erläuterte nach allgemeinen Betrachtungen über die Lage der Arbeiter die Bedeutung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und seine Ziele. Dann ging er die verschiedenen Unterstützungsweize durch und legte klar und deutlich dar, was der Verband für die 50 Pf. Wochenbeitrag an seine Mitglieder leistet. Das Geld gehe den Kollegen nicht verloren, sie legten es sozusagen in eine Sparkasse. An der Diskussion beteiligten sich auch einige Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts. Sie waren mit den Ausführungen Dismanns ziemlich einverstanden, meinten jedoch, ihre Organisation wahre ebensoviele die Interessen der Metallarbeiter, wenn auch auf „gütlichem Wege“. Auch hätte der Referent in vielem zu schwarz gemalt. Sie gaben dann noch einen Schreckschuß damit ab: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband sei ein sozialdemokratischer Verein. Den guten Leuten wurde von einigen unserer Kollegen und dann von Dismann die Meinung so gut gesagt, daß sie wohl eingesehen haben, daß bei uns ihre Behauptungen vergeblich sind. Wir rufen hiermit den uns hier noch fernstehenden Kollegen zu: Organisiert euch, tretet dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei. Denn nur mit einer starken und kräftigen Organisation ist es uns möglich, bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Oberursel. Die Verhältnisse in der Thüringer Metallwarenfabrik auf der Hohen Mark bei Oberursel lassen viel zu wünschen übrig. Die Firma hat schon durch ihre Inzestive Arbeiter aus allen Gegenden, sogar aus Österreich hergelockt und sie nach ganz kurzer Zeit aus Mangel an Arbeit wieder entlassen. So ging es einem Stanger aus Wörsel, der kaum acht Tage da war und wieder aufhören mußte; so ging es mehreren Österreichern, die auf die Verpöcherungen des Direktors hin gleich ihre Familien mitgebracht hatten und, nachdem sie zwei Monate da gearbeitet hatten, wieder aufhören mußten. Da die Geldmittel durch die weite Reise vollständig erschöpft waren, und sie sich auch in der kurzen Zeit und bei den niedrigen Löhnen nichts ersparen konnten, so fanden sie bei ihrer Entlassung vollständig mittellos da. Der vom Herrn Direktor so viel geschmähte Verband mußte sich ihrer annehmen, damit sie wieder in die Heimat reisen konnten. Auch sonst sind die Verhältnisse in dieser Fabrik nicht wie sie sein sollten. Daß die ärgsten Mißstände, die dort anfangs herrschten, abgeschafft wurden, daran waren die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schuld. Diese haben sich denn auch den Hof des Herrn Direktors zugeeignet, und die Mitglieder des Arbeiterausschusses und die Vertrauensleute des Verbandes wurden nach und nach auf die Straße gesetzt. Wenn jemand das Amt als Werkstattdirektorenmann übernimmt, so konnte er sicher sein, in ganz kurzer Zeit entlassen zu werden. Ja, der Herr Direktor Adam ist persönlich zu den Arbeitern gegangen und hat sie aufgefordert, aus dem Verband auszutreten, und als sie sich weigerten, mußten sie aufhören. Was hat er damit erzielt? Den Sommer über arbeitete die Firma mit etwa 50 Personen, jetzt hat sie noch 9 männliche und 10 weibliche, darunter keinen einzigen Drücker. Der angehende Werkmeister Kiefer, der vielleicht einmal einen Drücker hat arbeiten sehen, macht jetzt die ganze Druckarbeit und arbeitet an einem Stück ein bis zwei Tage. Daß unter diesen Umständen der Betrieb nicht prosperieren kann, liegt auf der Hand. Und das alles, weil der Herr Direktor keine Organisationslehren leiden kann! Warum will er den Arbeitern das Recht vorenthalten, das er selbst für sich in Anspruch nimmt? Ist er nicht Mitglied des Metallindustriellen Verbandes? Wir können dem Herrn Direktor versichern, daß sich mit den organisierten Arbeitern ganz gut arbeiten läßt, wenn man sie nur anständig behandelt und bezahlt. Er braucht dann nicht mit den Schlingen, Strümpfen u. s. w. seine Beamten zu schicken, um Arbeiter zu suchen. Wir bitten, den Zugang von Stängern, Gürtlern, Schleifern, ganz besonders aber von Drückern von Oberursel fern-

zuhalten; vielleicht sieht man auch endlich den Herr Direktor Adam ein, daß man auch die Rechte des Arbeiters respektieren muß.

Pirna a. S. Die hiesigen Metallarbeiter, die unter geradezu erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu leiden haben, sind in eine Bewegung eingetreten, um wenigstens vorläufig die größten Mißstände abzuschaffen. Die Metallarbeiter aller Branchen werden dringend ersucht, Pirna bis auf weiteres streng zu meiden, es ist die Sperre über sämtliche Betriebe verhängt.

Singen. Die Organisation der Metallarbeiter läßt hier noch viel zu wünschen übrig. Viele Kollegen, besonders die einheimischen, haben eine große Angst vor ihrer Betriebsleitung und getrauen sich deshalb nicht, sich uns anzuschließen. Ein weiterer Hemmschuh ist das hiesige christliche Sonderorganisationsbüro. Kann dieses selbst auch nur vegetieren, so macht es uns doch Prügel zwischen die Füße zu werfen. Kürzlich verbreiteten diese „Christen“ ein Flugblatt, in dem die größten Lügen und Entstellungen über die freien Gewerkschaften und besonders über den Deutschen Metallarbeiter-Verband enthalten sind. Unter solchen Umständen ist an eine Verbesserung der traurigen Arbeitsverhältnisse der hiesigen Metallarbeiter nicht zu denken. Die Kollegen müssen sich deshalb endlich aufraffen und allen Widersachern die Stirne zeigen. So wie bisher darf es hier nicht weitergehen. Wir rufen zunächst unsere Mitglieder, die Versammlungen fleißig zu besuchen, von denen die nächste am 9. Dezember stattfindet.

Simm. In der Drahtzieherei der Firma Haas & Sohn, Neuhofnungshütte, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang fernhalten.

Solingen. Zu dem Umwandlungsprozeß, in dem sich die hiesigen Lokalgewerkschaften befinden, äußert sich ein hiesiges bürgerliches Blatt in einer Weise, die es verdient, einer breiteren Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu werden. Diese Äußerung ist um so beachtenswerter, als gerade die bürgerliche Presse meinte, so ein Art Protektorat über die genannten Gewerkschaften ausüben zu können. Das Blatt schreibt folgendes: „Seitdem der Metallarbeiter-Verband hier festen Fuß gefaßt hat, ist der Kampf um die Organisationsform in den hiesigen Gewerkschaften recht lebhaft in die Erscheinung getreten. Ist er auch vorläufig noch nicht entschieden, und neigt der Sieg noch immer unseren alten lokalen Gewerkschaften zu, so kann man doch sehen, wie von beiden Seiten, vom Metallarbeiter-Verband sowohl, wie von den lokalen Organisationen alle Kräfte zur Agitation angeporrt werden, um die Herrschaft zu gewinnen. Es muß zugegeben werden, daß der Metallarbeiter-Verband hier in den letzten Jahren rapide Fortschritte gemacht hat und auch anfängt, in den Lokalgewerkschaften einzelne Anhänger zu finden. Wenn wir nun nach der Ursache forschen, welche den Metallarbeiter-Verband so große Fortschritte machen ließ, so finden wir dieselbe in der technischen Entwicklung und Vervollkommenung der hiesigen Industrie. Den Lokalgewerkschaften kann der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß sie dieser Entwicklung zu lange untätig zugehört haben und es verabsäumten, den durch die technische Entwicklung neu herangezogenen, ungeschulten Arbeitern ihre Reihen zu öffnen. Durch diese Untätigkeit aber ist unseren alten Organisationen ein schlimmer Feind entstanden. Wir wollen in Nachstehenden versuchen, den Beweis zu führen, daß unsere Ansicht richtig ist. Bis zum Jahre 1848 hatten die in der hiesigen Industrie so mächtigen Zünfte ihre ungeschwächte Kraft, dann trat der Zerfall ein und sie wurden machtlos. Zugleich folgte aber die Umwandlung der Hausbetriebe in Fabrikbetriebe. Langsam lösten sich die damaligen Hausbetriebe vereinzelt auf und an ihre Stelle traten kleinere Fabrikbetriebe. Am Ende der sechziger Jahre war schon eine größere Anzahl von Fabrikbetrieben vorhanden. Mit Anfang der siebziger Jahre trat eine mächtige Umwälzung in der Industrie ein. Waren bisher die Messer und Scheren ausnahmslos geschmiedet worden, so wurden jetzt die ersten Versuche mit dem Schlagen von Messern und Scheren gemacht. Die Firma Gendels hatte bereits anfang der sechziger Jahre eine Messerschlagerei. In einigen Jahren waren schon bedeutende Schlagereien mit ganz vorzüglichen Einrichtungen entstanden. Die bis dahin selbständigen Schmiedemeister, die in ihren Hausbetrieben die Ware bis zum Schleifen fertiggestellt hatten, wurden, soweit sie selbst nicht kapitalträchtig genug waren, um ihre Betriebe nach der neuen Richtung hin umzumodeln, in die Schlagereien hineingedrängt und Fabrikarbeiter. Viele wurden, da der Bedarf infolge der neuen technischen Einrichtungen schneller gedeckt werden konnte, arbeitslos. Da steigerte sich in der Gründerperiode der siebziger Jahre die Nachfrage nach Ware so stark, daß der Bedarf mit den reduzierten Arbeitskräften nicht gedeckt werden konnte. Jetzt gingen Schlagereibesitzer dazu über, auch ungeschulte Kräfte anzustellen, denen sie die mechanischen Arbeiten, die keine Schulung erforderten, übertrugen. Diese Arbeiter, die aber im Laufe der Jahre an Zahl die früheren geschulten Schmiede übertrafen, wurden von den alten geschulten Arbeitern über die Schulter angesehen und nicht für ebenbürtig gehalten. Das war ein großer Fehler, der sich noch heute an den Lokalgewerkschaften rächt. Als im Jahre 1869 Bismarck den Arbeitern mit Ausnahme der Landarbeiter, die es heute noch nicht besitzen, das Koalitionsrecht gewährte, waren hier in Solingen die Scherenschleifer die ersten, die davon Gebrauch machten und den Scherenschleiferverein gründeten, ihnen folgten die Messerschleifer und einige Zeit später wurde der Schmiedeverein gegründet. Der Schmiedeverein nahm anfänglich nicht ungeschulte Arbeiter auf, er glaubte, sie entbehren zu können. Als nun anfang der neunziger Jahre der Metallarbeiter-Verband hier auf dem Plane erschien, da war dieser der erste, der diesen Arbeitern seine Reihen öffnete und mit einer kräftigen Agitation unter allen in den Schlagereien beschäftigten Arbeitern einsetzte. Heute erntet er die Früchte seiner damaligen Bemühungen. Der frühere Schmiedeverein, jetziger Schlagereiarbeiterverein, ist ihm als Sektion angeschlossen, ebenso der Taschen- und Federmesser- und Messerarbeitenverein und der Verein der Messerschleifer. Wir finden überhaupt, daß in allen den Zweigen der Industrie, in denen die fortgeschrittene technische Entwicklung die Beschäftigung ungeschulter Arbeiter ermöglicht, der Metallarbeiter-Verband festen Fuß gefaßt hat. Diese Tatsache sollte zu denken geben. Die Lokalgewerkschaften aber, denen durch das schon in verschiedenen Betrieben eingeführte Teilarbeitsystem wieder eine größere Zahl ungeschulter Arbeiter an die Seite tritt, sollten aus der Vergangenheit eine Lehre ziehen und diesen Arbeitern den Eintritt in ihre Vereinigungen her leichter gestalten als erschweren. Sie verhielten dadurch, daß diese Arbeiter in Konkurrenzorganisationen gedrängt werden und ihnen bei Lohnforderungen u. Schwirigkeiten machen können.“ In diesen Ausführungen ist manches Fallische enthalten, aber in der Hauptsache wird der Nagel auf den Kopf getroffen. Ja wohl, wenn jemals Egoismus, Raffgeiz und simpler Berufsstand dazu geführt hat, zwei streng geschiedene Klassen von Arbeitern zu schaffen, so ist es in der Solinger Industrie der Fall. Auf der einen Seite der gefamte Schleiferberuf, besonders die Messerschleifer u. s. w. als Aristokratie, auf der anderen der übergroße Prozentsatz der Arbeiter, die kaum das zum Leben Notdürftige verdienen können. Niemand ist das Solidaritätsgefühl der Messerschleifer so weit gegangen, auch für andere Berufe etwas zu tun. Wochten andere Berufe wie Heider, Scherenagler, Scherenselzer, Klammacher, Plattenreider, und wie die Berufe alle heißen mögen, bei vierzehntägiger sechzehntägiger Arbeit mit Frau und Kindern einen Lohn von 12 bis 18 M. verdienen, das scherte die Mitglieder der Schleifervereine den Teufel. Wenn nur für sie bei einem Kampf etwas abfiel, dann stand es mit den Arbeitern der Solinger Industrie gut. Aber alles ist dem Wechsel der Zeit unterworfen. Richtig ist, wie es in dem Artikel heißt: die technische Entwicklung hat nicht Halt gemacht vor den Laren der Klingentadt. Kein Produkt der heimischen Industrie ist von dieser Umwälzung verschont geblieben, auch das Unternehmertum nicht, das jetzt im Fabrikantenverein organisiert ist. Dieses hat auch nur zu gut die scharfmacherischen Zeichen unserer Zeit verstanden und sich auch einen stärkeren Rückhalt am Arbeitgeber-Verband gesucht. Daß nun bei dieser veränderten Situation die einschüchteren und vernünftigeren Elemente in den Lokalgewerkschaften nach einer anderen Organisationsform suchen, die dem Gegner gewachsen ist, läßt sich wohl verstehen. Ob aber derartige Experimente, wie ein lokaler Industrie-Arbeiter-Verband, das richtige

Ziel ist, muß bezweifelt werden. Jederzeit ist der Metallarbeiter-Verband bereit, mit den Lokalgewerkschaften in Freundschaft zu beraten, wie die Organisationsfrage im Kreise Solinger zum besten der Gesamtarbeiterschaft gelöst werden kann. Nur mit diesem Ziel im Auge, und unter Fortlassung aller persönlichen Momente, ist es möglich, dem vereinigten Unternehmertum in Zukunft eine Macht entgegenzustellen, die imstande ist, für alle Arbeiterkategorien gerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. H. G.

Stuttgart. Am 19. November hielt die Verwaltungsjahresversammlung der Metallarbeiter ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Für die Abrechnung war zu entnehmen, daß das dritte Quartal für die Verwaltung an Arbeit überreich gewesen ist. Die Mitgliederzahl war am Ende des Quartals 3070 männliche, 22 weibliche. Beim zweiten Punkt schilderte Kollege Schlichte in anschaulicher Weise die Vorgänge, die zum Ausbruch der letzten Berliner Ausperrung geführt haben. Es sei das ein Blitz aus heiterem Himmel gewesen. Redner erklärte die Forderungen der beteiligten Arbeiterkategorien und die vergeblichen Versuche, dem drohenden Miesenkampf auszuweichen. Der Hauptgrund, warum nicht gleich zu Anfang eine Einigung zustande gekommen sei, sei der gewesen, daß die von den Unternehmern den Arbeitern vorgeschriebene Frist zur Bezahlung der bewilligten Forderungen zu kurz gewesen sei. Zudem sei dann noch im weiteren Verlauf der Ausperrung durch die Ungleichheit eines Kommissionsmitglieds eine geplante Maßregel gegen die Unternehmers ruckbar und in den bürgerlichen Blättern ausgeschaltet worden. Die Ursachen und die Folgeerscheinungen des Kampfes würden wohl jedem zu denken geben. Es seien unsererseits wohl Fehler gemacht worden, jedoch dürfe man nicht vergessen, daß ein Kampf gegen die Elektrizitätsfirmen allein viel schwieriger sei wie gegen den Metallindustriellen-Verband. Die Monopolstellung der Werte sei ein Machtfaktor, mit dem in Zukunft anders als bisher gerechnet werden müßte. Die Berliner Kollegen hätten sich beim Beginn des Kampfes daran erinnern sollen, daß die Lage der Berliner Metallarbeiter nur dann mit Erfolg verbessert werden könne, wenn auch die Provinzen sich nicht mehr im Rückstand befinden. Die Berliner Kollegen standen aber zu sehr unter den Einwirkungen der Debatten über den Massenstreik. Dies sei im Hinblick auf die in der gewerkschaftlichen Organisation notwendige Disziplin ein schwerwiegendes Fälscher. Das Mittel des Streiks sei ein zweischneidiges Schwert. Es sollte bloß dann angewendet werden, wenn alle anderen Mittel verjagen. Auf alle Fälle aber dürfe das Schauspiel einer Berliner Ausperrung unter den gleichen Umständen nicht mehr vorkommen. Gehäufte Beifall lohnte den Redner für seine lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion wies Kollege Lauterbach auf die von verschiedenen Parteigenossen entwickelten Theorien hin, die nur Verwirrung in die Köpfe der Arbeiter bringen. Er forderte weiter noch ganz entschieden, daß die Berliner Kollegen etwas mehr Mühe auf die „Provinzler“ nehmen, da durch die Bewegungen in Berlin die übrigen Orte des Reiches in ihrem Handeln lahmgelegt seien. Auch die übrigen Redner wandten sich gegen die Taktik der Berliner Kollegen. Es müßte nicht nur eine disziplinierte Masse vorhanden sein, auch die nötigen Mittel dürften nicht fehlen, eine derartige Ausperrung, wenn sie nicht zu vermeiden sei, mit Erfolg abzuwehren zu können. Kollege Mäther wandte sich gegen das Kraftmeistertum, das bei der Ausperrung zum Ausdruck gekommen sei. Die Berliner Kollegen seien vor eine vollständig neue Frage gestellt worden, die sie in nicht gerade glücklicher Weise und auch nicht zugunsten unseres Verbandes zu lösen versuchten. Er geht noch näher auf die Forderungen der Schraubendreher ein und konstatiert, daß dieselben nicht, wie vielfach behauptet wird, zu hohe waren, daß es aber taktisch richtiger gewesen wäre, im Interesse der Gesamtorganisation die bewilligten Forderungen anzunehmen. Die Taktik, einen Kampf rechtzeitig abzuknüpfen, sollte mehr und mehr unter den Kollegen Platz greifen. Im Schlußwort kam Kollege Schlichte auf die niedrigen Löhne in der Provinz gegenüber Berlin zu sprechen. Daß diese niedrigen Löhne mit der Zeit auf Berlin einwirken, sei außer Zweifel. Dies habe sich in Gürtlerstreik auch deutlich gezeigt. Es sei dies kein Vorwurf gegen die Schraubendreher, aber das Verantwortlichkeitsgefühl hätte sie vor Weiterungen bewahren sollen. Im allgemeinen sei den Berliner Kollegen allerdings der Vorwurf zu machen, daß sie sich von den herrschenden Stimmung immer mitreißen ließen, kaltes Blut zu bewahren. Auf alle Fälle sei es besser, bei Ausichtslosigkeit einen Streik bald abzuknüpfen, als ihn bis zum Reißbrot zu führen. Dies dürften jedoch auch die Kollegen der Provinz besser einsehen lernen. Wenn die Verbandsbeamten von vielen einseitigen Kollegen als Verräter und Bremser hingestellt werden, so sei dies nicht so verkehrt, als wenn auf Parteitag Führer der Partei falsche Anschuldigungen erheben. Wir wollen nicht, wie fälschlich behauptet wird, eine Spaltung in die Partei hineinbringen, aber das Beharren, die Arbeiter ihren Beamten zu entfremden, müsse entschieden zurückgewiesen werden.

Zegel. Mit dem Thema: „Welche Lehren ziehen wir aus der letzten Ausperrung?“ beschäftigte sich eine vom Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft für Zegel einberufene öffentliche Versammlung. Die Versammlung war schwach besucht, sie bestand noch zu mehr als der Hälfte aus Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Der Referent Jordan entledigte sich seiner Aufgabe in echt Hirsch-Dunderscher Weise. Er schimpfte wie ein Rohripas auf den bösen Metallarbeiter-Verband und suchte Anschluß an das von Erkelens angebahnte Geleise der künftigen Hirsch-Dunderschen Taktik des Streikbruchs. So recht gelang dies aber nicht, denn er konnte nicht befreiten, daß dem Gewerkschaftsmitglied sehr viel Mißbilligungsberechtigtes eingeräumt worden war. Obgleich nun feststeht, daß der Herr Jordan im Streikkomitee, wie alle übrigen Organisationsvertreter auch, für Beendigung der Ausperrung sprach und stimmte, hatte der gute Mann nicht den Mut, diesen Beschluß vor der öffentlichen Versammlung zu begründen und zu vertreten. Der Referent erwähnte auch das Eingreifen von Ademann, Wiesenthal und Zaleski, er glaubte, dem Verband daraus einen Vorwurf machen zu können. Der Versuch, den der Referent zum Schluß machte, der Versammlung nachzuweisen, daß das Heil der Berliner Metallarbeiter im Anschluß an den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft liege, mißlang so gründlich, daß Herr Jordan eigenlich für alle Zeiten kurier sein müßte. In der nun darauf folgenden Diskussion meldete sich der Zegeler Bezirksleiter unseres Verbandes, Kollege Bahn, zum Wort und zerpfückte mit Leichtfertigkeit die vom Referenten gebrachten Vorwürfe gegen die Streikleitung und gegen die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Kollege Bahn führte aus, der Standpunkt, den der Gewerkschaft hier wieder einnimmt, alle Verantwortung auf die Schultern anderer zu laden, trage nicht dazu bei, sich das Vertrauen des Metallarbeiter-Verbandes und deren Mitglieder zu erwerben. Da nun dieser Kampf nicht zur Zufriedenheit der Kollegen beendet wurde (auch Redner war nicht mit allem einverstanden), soll man aber so viel Mut haben, einen Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen und sich nun nicht feige beiseite stellen und sagen: Ich bin nicht schuld, trotzdem der Referent selbst in der Zentralstreikleitung gewesen und auch bei jedem Beschluß für oder gegen sprechen und stimmen konnte. Es ist aber die alte Manier der Hirsche, daß sie immer nach Beendigung der Kämpfe besser wußten, wie es gemacht werden sollte, als wie während des Kampfes. Er, Redner, wäre der Meinung, die Versammlung solle die nötigen Lehren aus dem Kampfe ziehen, aber nicht in der Weise, wie es der Referent getan. Wir sind berechtigt und sogar verpflichtet, eine Kritik über alles, was von den Gewerkschaften geschieht, zu üben. Dann führte der Redner aus, daß die vielen Organisationen eine Zerplitterung der Kräfte bedeuten. Wenn wir auf der einen Seite das gesamte Unternehmertum Deutschlands sehen, müssen wir dahin kommen, daß die Sonderbündel und die kleinen Organisationen zu existieren aufhören, indem sie sich der großen Organisation anschließen, um nicht bei allzu zukünftigen großen Kämpfen ein Hemmschuh der Bewegung zu werden. Man solle nicht immer herkommen und sagen: Getrennt machter, vereint schlagen, sondern vereint marschieren und dann vereint schlagen. Diese und die weiteren Ausführungen des Kollegen Bahn fanden einen solchen Beifall, daß der gute Jordan trotz trampelhafte Bemühens im Schlußwort nur noch wenig Anfang fand. Vielleicht trägt diese Versammlung dazu bei, den Hirschen begreiflich zu machen, daß auch Zegel für sie ein verlorenes Posten ist. Unfekt

wegen können die Fische noch recht viele solcher Versammlungen einberufen. Der Agitation für unseren Verband ist das recht förderlich.

Werftarbeiter.

Kiel. Am 28. November, unmittelbar nach dem Arbeitsschluss, fand in Gaarden eine imposante Demonstrationssammlung der Arbeiter der Kaiserlichen Werft im Kaiserpalast statt. 3000 Kaiserliche Arbeiter füllten den großen Saal des Stabes und die Nebenzimmer, Hunderte mussten wegen Überfüllung der Räume wieder umkehren.

Rundschau.

An die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands.

Werte Genossen! Anfang Dezember dieses Jahres wird dem Reichstag von Seiten der Zentralkommission eine Petition betreffs der reichsgesetzlichen Regelung des Bauarbeiterschutzes übergeben werden.

Table with 4 columns: Year, Registered Accidents, Fatal Accidents, and Property Damage. Data for 1903 and 1904.

Die Zahlen der Unfälle für 1904 sind noch nicht ganz vollständig, wir werden also hier noch mit anderen Ergebnissen zu rechnen haben. Die Steigerung der Unternehmerprofite steht im engen Zusammenhang mit dem Unglück und Stund der Arbeiter.

Die Zentralkommission wird den Vertrauenspersonen und den Leitern der Bauarbeiter-Zentralkommission eine Petition zur Kenntnisnahme und Agitation sowie Petitionsbogen unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Wenn die leitenden Personen und die Vertrauenspersonen unserer Schutzbewegung das nötige Verständnis entgegenbringen und sich ihrer verantwortlichen und solidarisches Pflicht bewusst sind, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Hamburg, im November 1905.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschut.

NB. Alle Briefe und Sendungen z. für die Zentralkommission sind an G. Heine, Hamburg 7, Befehlsstr. 56, 2. Et., zu richten.

Schwerföhrliches.

Der Streit der Berliner Kupferhämmer ist beendet. Die Streitenden beschließen, die Zugehörigkeit der Hammer anzu nehmen. Danach werden die vor dem Streit gezahlten Löhne um 6 Pf. pro Stunde erhöht.

Im Markgrafstädt Kurierstreik, der nun schon seit September währt, hat sich die Lage nicht verändert. Die hiesigen Kupferhämmer Markgrafstädt haben an den Landtag eine Petition gerichtet, in der sie bitten, dass die Kosten für das Aufheben der Eisenbahn in der Gegend der Markgrafstädt Kurierhämmer nach Markgrafstädt verlegt werden.

Aussperrung der Kieler Schlachtereigenen. Die Kieler Schlachtereigenen hatten an die dortige Schlachtereimung folgende Forderungen gestellt: 1. Innehalten der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe; 2. nach getaner Arbeit keine Einschränkung der persönlichen Freiheit; 3. Regelung der Arbeitszeit durch eine Kommission; 4. Gefellenlogis, die den sanitären und hygienischen Anforderungen genügen.

Die Straßenbahner in Kiel sind in den Ausstand getreten. Sie fordern Lohnserhöhung, Innehalten der sechsstündigen Arbeitszeit und bessere Behandlung. Die Werkstättenarbeiter erklärten sich mit den Ausständigen solidarisch.

Aus der Textilindustrie. Die Ausgesperrten beschließen, zum 28. November die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen.

Gewerbegerichtliches.

Kann ein mit einer Arbeiterorganisation geschlossener Tarifvertrag auch für Nichtorganisierte verbindlich werden? Das Gewerbegericht veröffentlicht ein hierauf begütigtes Urteil des Gewerbegerichts Nordorf. Kläger ist vom Februar bis 6. März 1905 bei dem Beklagten als Malbispurger beschäftigt gewesen.

Aus den Gründen: Unstreitig ist Kläger, ein nicht organisierter Malbispurger, vom Beklagten, einem Mitglied des Verbandes der Gips-, Zement- und Deckenbaugeschäfte für Berlin und die Vororte, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden.

So muß der Kündigungsschluss im Baugewerbe geradezu als notwendig und als Verlehrsitt bezeichnet werden, die als stillschweigend vereinbart gilt, bis das Gegenteil von ihr als ausdrückliche entgegengesetzte Abrede nachgewiesen ist.

Auch ein Kampf zwischen Theorie und Praxis. Am 4. November tagte in Köln eine Versammlung des Vereins der Industriellen in Regierungsbezirk Köln.

Die Zentralkommission wird den Vertrauenspersonen und den Leitern der Bauarbeiter-Zentralkommission eine Petition zur Kenntnisnahme und Agitation sowie Petitionsbogen unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Wenn die leitenden Personen und die Vertrauenspersonen unserer Schutzbewegung das nötige Verständnis entgegenbringen und sich ihrer verantwortlichen und solidarisches Pflicht bewusst sind, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Hamburg, im November 1905.

Christliche Laktion.

Als im Frühjahr die Gärtnergehilfen Berlins beabsichtigten, durch eine Bewegung ihre Arbeitsverhältnisse zu bessern, ließ die christliche Gärtnerorganisation es sich anlegen sein, durch Quertreibern jede ernste Aktion soweit zu verhindern, dass der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein es vorgez, von einem Tarifabschluss Abstand zu nehmen.

Das Amtsgericht Jülich hatte sich mit einer Entschädigungsklage zu befassen, die für Gewerkschaften sehr interessant ist. In der Pohlwegischen Spiegelfabrik war der Arbeiter Klöpper eingestell worden.

Abgeblinder Arbeitswilliger.

Das Amtsgericht Jülich hatte sich mit einer Entschädigungsklage zu befassen, die für Gewerkschaften sehr interessant ist. In der Pohlwegischen Spiegelfabrik war der Arbeiter Klöpper eingestell worden.

wechself. Hätten wir die letzteren, dann würden wir gern mit ihnen verhandeln, wenn wir dadurch die Gewissheit hätten, zum Frieden zu gelangen.

Nach Nordorf sprachen in ähnlichem Sinne Abgeordneter Dr. Beumer und der bekannte Syndikus Dr. Alexander Lülle, der sich noch ein spezielles in der Verunglimpfung nationalökonomischer Professoren zugute tat.

Wenn man die Wirtausbrüche der genannten Unternehmervertreter liest, so fast man sich unwillkürlich an den Kopf und zweifelt daran, dass wirkliche Männer der Praxis so ungerichtetes Zeug zusammenreden können.

Ein Mittelstandsretter.

Der erste Vorsitzende der Deutschen Mittelstandsvereinigung ist der Großkaufmann Max Küster in Hannover, der in den „Mittelstand“ vorzüglich hineinpaßt, weil er über 1600 Arbeiter beschäftigt und nach seiner eigenen Angabe das größte Baugeschäft in Hannover besitzt.

Herr Küster, der „Lobseind“ der Warenhäuser, hat sich öffentlich geäußert, der Vater der neuen Bauordnung in Hannover zu sein, die sich ausgesprochen gegen die Warenhäuser richtet und ihnen ihre Existenz dadurch nach Möglichkeit erschweren sollte.

Herr Küster also agitiert für Erlass harter Bauordnungen für Geschäftshäuser und bietet sich zu gleicher Zeit einem Geschäftsmann als Mittelmann an, um ihm einen Dispens davon unter der Hand zu erwirken.

Alle diese Momente (die Entwicklung der Industrie im Ausland) erschweren unsere Stellung auf dem Weltmarkt immer mehr; die Industrie werde aber ihre Schuldigkeit tun und nach ihren Kräften ihre Aufgabe zu lösen suchen.

Patriotismus, der was einbringt.

Am 4. November tagte in Berlin die Generalkonferenz des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Zu dem in der Deutschen Industrie-Zeitung veröffentlichten Bericht interessiert uns hauptsächlich folgende Stelle aus dem Auszug vom Geschäftsbericht des Generalsekretärs Bueck:

Die Gelegenheit benützt der Geschäftsführer (Bueck), um wiederholt der Jugendbildung entgegenzutreten, als hätte der Zentralverband Deutscher Industrieller sich der Einbringung einer neuen Flottenvorlage widersetzt.

Die Zeit nehmen ist, wo wieder ein gutes Geschäft gemacht werden kann und hütet sich wohl, die Aussicht darauf durch eine tschafische Agitation a la Alldeutscher Verband oder Flottenverein zu verunmüden.

Als im Frühjahr die Gärtnergehilfen Berlins beabsichtigten, durch eine Bewegung ihre Arbeitsverhältnisse zu bessern, ließ die christliche Gärtnerorganisation es sich anlegen sein, durch Quertreibern jede ernste Aktion soweit zu verhindern, dass der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein es vorgez, von einem Tarifabschluss Abstand zu nehmen.

Das Amtsgericht Jülich hatte sich mit einer Entschädigungsklage zu befassen, die für Gewerkschaften sehr interessant ist. In der Pohlwegischen Spiegelfabrik war der Arbeiter Klöpper eingestell worden.

Das Amtsgericht Jülich hatte sich mit einer Entschädigungsklage zu befassen, die für Gewerkschaften sehr interessant ist. In der Pohlwegischen Spiegelfabrik war der Arbeiter Klöpper eingestell worden.

Das Amtsgericht Jülich hatte sich mit einer Entschädigungsklage zu befassen, die für Gewerkschaften sehr interessant ist. In der Pohlwegischen Spiegelfabrik war der Arbeiter Klöpper eingestell worden.

Das Amtsgericht Jülich hatte sich mit einer Entschädigungsklage zu befassen, die für Gewerkschaften sehr interessant ist. In der Pohlwegischen Spiegelfabrik war der Arbeiter Klöpper eingestell worden.

Das Amtsgericht Jülich hatte sich mit einer Entschädigungsklage zu befassen, die für Gewerkschaften sehr interessant ist. In der Pohlwegischen Spiegelfabrik war der Arbeiter Klöpper eingestell worden.

